



Foto: transit/C. v. Polentz

„Den Reibach mit unseren Werken, den machen wir nicht, sondern sie...“ Leider keine Moritatz von gestern beim ver.di Leierkasten-Protest am Potsdamer Platz

KREATIVE FALLEN BALD UNTER DIE FREIBEUTER

Mit der Urheberrechtsnovelle bleibt ihnen kaum ein Cent

Die Moritaten-Melodie war bekannt, der Text abgewandelt: „Die BITKOM saß greinend bei Angie / Und machte gar heftigen Wind“ tönte es am 17. Januar vorm Berliner Filmmuseum. „Den Reibach mit unseren Werken, den machen nicht wir, sondern sie. Vor allem die Druckerhersteller, die wollen teilen nie“, sangen Gewerkschafter und Vertreter der Initiative Urheberrecht aus Protest zum Leierkasten. Wenige Meter weiter am Potsdamer Platz, in einem eigens errichteten „Teuerland“-Zelt im Sony-Center, luden zeitgleich „führende Gerätehersteller“ zu einer Podiumsdebatte mit Pressekonferenz, um Stimmung gegen die Urhebervergütungen für privates Kopieren zu machen.

Mit Vergütungsanteilen von diesen Kopierabgaben werden seit langem, über Verwertungsgesellschaften wie VG Wort oder Bild-Kunst, die Leistungen der 130.000

**Teuerland vergießt
dicke Krokodilstränen**

freiberuflichen Kreativen hierzu-lande – Autoren, Übersetzerinnen, Regisseure, Schauspielerinnen, Fotografen oder Komponisten – zusätzlich belohnt. Reich konnte man dafür bisher nicht werden und wird es künftig wahrscheinlich noch weniger. Denn nach den Entwürfen zur Novelle des so genannten KorbII des Urheberrechts-

gesetzes sollen solche Vergütungen zwar noch einmalig beim Kauf von Geräten und Leermedien erhoben werden, jedoch auf maximal fünf Prozent des Kaufpreises begrenzt. Beträchtliche Summen fließen so der Geräteindustrie zu. ver.di und andere Interessenvertretungen von Kreativen warnen seit Längerem: „Journalistische und wissenschaftliche Texte fallen unter die Freibeuter. Kaum ein Cent bleibt für die Kreativen.“ Der Geräteindustrie aber sind fünf Prozent Abgabe noch zuviel. Sie macht mobil mit einer Kampagne „Wir schlagen drauf“ – dem Vernehmen nach mit 200 Mio. Euro vom Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien

AUS DEM INHALT

SEITE 3

Geräteindustrie heuchelt Betroffenheit

SEITE 5

„Mediaspree“ und der neo-liberale Stadtumbau

MITTELSEITEN

Johannes Sassenbach – ein fast Vergessener

SEITE 13

Opernstiftung: Betriebe auf solide Füße stellen

SEITE 16

VG Wort startet Meldesystem für Online-Tantiemen

(BITKOM) gesponsert. Die Reform des Urheberrechts dürfe nicht dazu führen, „dass eine ganze Branche ihrer Existenzgrundlage beraubt“ werde, heuchelt man und droht dem Endverbraucher gleichzeitig Preiserhöhungen für Drucker, Kopierer und Multifunktionsgeräte an. Die Zahlen, mit denen die Hersteller dabei operieren, sind nach Meinung der Initiative Urheberrecht „falsch und manipulativ“. Die in der Kreativen-Initiative vereinigten 24 Mitgliedsverbände, darunter die dju und der VS in ver.di, freelens und das P.E.N.-Zentrum Deutschland, stellen dem eigene Berechnungen und Hintergrundinformationen unter www.urheber.info/aktuell.html entgegen.

Die Verwertungsgesellschaft Wort macht darauf aufmerksam, dass die BITKOM den Umsatz der unter ihrem Dach organisierten Hersteller, das sind 90 Prozent der Branche, für 2005 mit 120 Mrd. Euro ausweist. Stellt man diese Summe den gegenwärtig an die VG Wort und Bild-Kunst abzuführenden Vergütungen gegenüber, so ergibt sich ein Anteil von 0,023 Prozent für die Abgeltung der kreativen Leistungen. Lärm um fast nichts, aber mit ganzseitigen Anzeigen in der Tagespresse und in Nachrichtenmagazinen. Teuerland lässt grüßen. **H.N.**

(Siehe Seiten 3 und 16)

Wie gut, manchmal einen Fremdwörterduden zur Hand zu haben. Unter dem Stichwort „Reform“ steht doch da tatsächlich: „Umgestaltung, Neuordnung“, aber auch „Verbesserung des Bestehenden“. So weit zur Theorie. Die von der großen Koalition angeschobene „Rente mit 67“ provoziert den Widerspruch der Gewerkschaften und Sozialverbände. Sie verlangt nach Alternativen. Und die gibt es. Denn bei der sogenannten Rentenreform, wie sie jetzt geplant ist, müssen vor allem die Rentnerinnen und Rentner bluten, weil falsch verstandene Verteilungs- und Arbeitsmarktpinzipien die Sozialkassen leeren und die Rentenpolitik in die Sackgasse manövriert haben.

Gegen Fakten scheinen PolitikerInnen allerdings immun zu sein, schon daran droht so mancher Reformwille zu scheitern. Trotzdem ein Versuch: Zwei Drittel der Beschäftigten müssen vor Erreichen des 65. Lebensjahres in Rente gehen, weil sie sich schlichtweg kaputt gearbeitet haben; arbeitsbedingte Frühverrentung kostet die Rentenkasse rund drei Mrd Euro pro Jahr (wo bleibt das Plädoyer für Gesundheitsschutz im Betrieb seitens der Koalitionäre?); jeder fünfte Ältere ist bereits arbeitslos

und muss im Schnitt drei Jahre bis zur Rente überbrücken; sieben Prozent der 50- bis 65jährigen sind bereits auf das Niveau von Hartz IV gedrückt; 770.000 Menschen zwischen 55 und 65 Jahren müssen mit einem Mini-Job überleben. Das ist die harte Wirklichkeit. Die Favorisierung eines Niedriglohn-

der Arbeitslosenversicherung knapp 500 Millionen Euro in die Kasse; ähnlich verhält es sich mit den zusätzlichen Finanzzuflüssen für die Rentenversicherung. Also kann eigentlich niemand aus dem Hohen Hause gegen einen kräftigen Schluck aus der Pulle in dieser Tarifrunde sein.

anderen: Wenn die Arbeitsplätze nicht freigemacht werden für künftige Generationen, stehen die Jungen weiter auf der Straße, während die Älteren sich krumm biegen. Was ist daran sozial? O-Ton Peter Struck in einem Brief an den IGM-Vorsitzenden Peters: „Wir Sozialdemokraten wollen an unserem bewährten System der Sozialversicherung festhalten.“ Dieser Satz zeugt entweder von erheblichem Realitätsverlust oder gar von Verblendung, beides wäre verheerend. Was wir brauchen, ist finanzielle Stabilität der gesetzlichen Rentenversicherung, indem z.B. die Halbierung der Beiträge für AIG-II-Empfänger zurückgenommen wird. Benötigt wird ein ehrlicher zweiter Arbeitsmarkt für ältere Langzeitarbeitslose. Und wir müssen Altersteilzeitmodelle einführen, die flexibel den Einstieg ins Rentenalter erleichtern. Alle müssen in die Rentenversicherung einzahlen: Doch schrecken die meisten Parteien davor zurück, auch Politiker und Beamte in die Finanzierung der Rentenkasse einzubeziehen. Das brächte eine nicht unbedeutende Summe ein. Alles wäre in diesem reichen Land finanzierbar. Wenn der politische Wille da wäre. Wir werden den Regierenden auf die Finger schauen müssen.

AUF EIN WORT

RENTE MIT 67 JAHREN – EIN ZYNISMUS



Foto: transktiv. Polentz

DORO ZINKE, STELLV. VORSITZENDE DES DGB,
BEZIRK BERLIN-BRANDENBURG

sektors und das Propagieren von Mini-Jobs führen dazu, dass der Rentenkasse aufgrund niedriger Beiträge jährlich Hunderte Millionen an Versicherungsbeiträgen entgehen. Allerdings: Allein ein Prozent Lohnerhöhung brächten

Rente mit 67 heißt schlichtweg: Kürzung der Altersbezüge, für viele droht sogar Altersarmut. Mal abgesehen davon werden die wenigsten bis 67 durchhalten. Also steckt in dieser Parole auch eine gehörige Portion Zynismus. Zum

BUCHTIPP

„JULIANS BRUDER“ UND „HÖR AUF ZU TROMMELN“

LITERATURPREIS 2006

Den Jugendbüchern „Julians Bruder“ von Klaus Kordon und „Hör auf zu trommeln, Herz“ von Beate Dölling wurden von der Jury zu gleichen Teilen der ver.di-Literaturpreis 2006 zuerkannt. Eine Empfehlung:

Beate Dölling ist 1961 in Osnabrück geboren. Sie studierte nach mehrjährigen Auslandsaufenthalten (Spanien und USA) in Berlin Englisch, Kulturwissenschaften und Philosophie. Heute lebt sie als freie Autorin in Berlin. Sie veröffentlichte mehrere Romane für Kinder und Jugendliche.

Mit ihrem ersten Buch, „Hör auf zu trommeln, Herz“ ist ihr ein besonderer Entwicklungsroman gelungen. Ein Buch, das heutige Jugendliche im Großraum Berlin-

Brandenburg mehr als zehn Jahre nach der Wende schildert. Erzählt wird die Geschichte Katharinas, einer siebzehnjährigen Arzthelferin, die in ihrer ostdeutschen Dorfkulisse zum Außenseitertum verdammt ist, da sie aus ihrem vorgegebenen engen Leben ausbrechen möchte. „Ihren Traum von Glück“ findet sie nicht in dem verwöhnten, aus dem Westen zugezogenen Ingo, mit dem sie seit einem halben Jahr zusammen ist, sondern in Armand, Freidenker und Gitarrist der Band The Flushers. Doch bleibt ihr Glück ein „geborgtes“.

In „Hör auf zu trommeln, Herz“ gelingt es Dölling, Generationenkonflikte und Adoleszenz, eingebettet in eine angedeutete Ost-West-Problematik, aufs Beste zu verknüpfen. Abgründig komische Alltagssituationen und bizarre Liebesszenen bestimmen Katharinas Leben. Die Schilderung geschieht mit einer liebevollen Lakonie, die den Leser dicht dabei sein lässt.

Klaus Kordon ist 1943 in Berlin geboren. Er ist in Ost-Berlin aufgewachsen, war Transport- und Lagerarbeiter, studierte Volkswirtschaft und unternahm als Exportkaufmann Reisen nach Afrika und Asien. Seit 1980 ist er als freier Schriftsteller tätig. Seine zahlreichen Veröffentlichungen (Lyrik, Kinder- und Jugendbücher) wurden in viele Sprachen übersetzt und mit namhaften internationalen Preisen bedacht.

Der Autor fasziniert mit seinem historischen Roman „Julians Bruder“. Die Freunde Julian und Paul fühlen sich wie Brüder. Sie gehen in dieselbe Klasse und leben beide im selben Haus in der Jablonskistraße in Berlin, mitten im Zentrum der 20er und 30er Jahre.

Der jüdische Julian überlebt die Nazizeit nur dank der Geschwister Paul und Bille, die ihm helfen, sich zu verstecken und für ihn sorgen. Das Kriegsende erleben die Freunde untergetaucht in Ruinen. Der Flakhelfer Paul will nicht in den letzten

Kriegstagen noch fallen. Nach wenigen Tagen Frieden geraten Paul und Julian in sowjetische Gefangenschaft. Basierend auf den Berichten Überlebender geht es um das ehemalige KZ Buchenwald, das in der sowjetisch besetzten Zone als Internierungslager diente. Erst Jahre später wird Paul in die Freiheit entlassen...

Der Leser gerät hautnah in den Sog dieser bewegenden Freundschaft, möchte helfen, retten, aufklären – ist erschüttert, traurig, aufgewühlt, aber auch erleichtert. Die Menschen und Situationen werden ihm so beklemmend nah gebracht, dass er liest als wäre er unmittelbar dabei.

„Julians Bruder“, ist ein spannendes, empfehlenswertes Zeitpanorama (für alle Leser ab 13 Jahren), weil es auf eindringliche, ungekünstelte Art ein wenig bekanntes, dunkles Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte beleuchtet.

Nina Petrick, Jurymitglied

Billige Stimmungsmache

Geräteindustrie wettet im Teuerland-Zelt gegen Verwertungsgesellschaften



Heuchelei der Hersteller: Leider, leider wird alles teurer. Wir sind nicht schuld ...



Auf dem Teuerland-Podium wurde Systemwechsel gefordert – den Preis zahlen die Kreativen.

Die Auseinandersetzung um die Zukunft der Pauschalabgabe für privates Kopieren urheberrechtlich geschützter Werke fand am 17. und 18. Januar in Berlin einen neuen traurigen Höhepunkt. Die Geräteindustrie präsentierte mit markigen Sprüchen ihre Aktion „Teuerland – wir schlagen drauf“, um die angeblich überzogenen Forderungen der Verwertungsgesellschaften zurückzuweisen. In einem eigens aufgebauten Zelt im Innenhof des Sony Centers am Potsdamer Platz durften Verbraucher an einem buntem Allerlei digitaler Gerätschaften vorbei defilieren. Die Veranstalter – neben Hewlett-Packard, Epson, Fujitsu, Siemens auch die BITKOM und zwei Handelsverbände – wollten

Margen angeblich
äußerst gering

damit auf „völlig illusorische Maximalforderungen“ der Urhebervertreter hinweisen. Zum gleichen Zweck hatte das Konsortium eine millionenschwere Anzeigenkampagne, unter anderem im „Spiegel“, geschaltet.

Im Zelt ausgestellt war etwa ein Multifunktionsgerät, das laut Regine Stachelhaus, Geschäftsführerin von Hewlett-Packard Deutschland, heute im Handel für 80 Euro zu haben sei. Die VG Wort verlange dafür Abgaben von 76,70 Euro. Da die Margen der Herstellerunternehmen äußerst gering seien, müssten die Kosten „leider“ auf

den Endpreis umgelegt werden, der sich also fast verdoppeln würde. Aufgrund der Wettbewerbsverzerrung seien so der Standort Deutschland und mit ihm Tausen-

Raubbau an der
Vergütungspauschale

de von Arbeitsplätzen bedroht.

Die Hersteller bestreiten, dass Drucker, PC und Kombigeräte in urheberrechtlich relevantem Umfang zum Kopieren genutzt werden. Sie attackieren die Verwertungsgesellschaften hart: Im europäischen Vergleich gebe es in Deutschland mit durchschnittlichen 8,5 Prozent des Kaufpreises die höchsten Urheberrechtsabgaben. Außerdem seien im Verhältnis zur durchschnittlichen Ausschüttung von 197 Euro jährlich pro Kopf die Verwaltungskosten der VG Wort zu hoch.

Mit der Kampagne, die im Grunde Altbekanntes neu auf-tischte, reagierten die Gerätehersteller auf die Kritik der Verwertungsgesellschaften am Regierungsentwurf zum II. Korb der Urheberrechtsnovelle: Nur noch Geräte, die in „nennenswertem Umfang“ für private Vervielfältigungen genutzt werden, sollen darunter fallen. Zudem soll die Vergütungshöhe höchstens fünf Prozent des Gerätepreises betragen. Ein Aktionsbündnis der Urheber sowie die von ver.di unterstützte „Initiative Urheberrecht“ lehnen sich gegen diese Vorschläge auf, da sie einen

„Raubbau“ an der Vergütungspauschale befürchten. Die Industrie rechnet hingegen vor, dass trotz Abgabendeckelung die Kosten schon 2007 auf 596 Millionen Euro ansteigen werden.

Die IT-Industrie drängt auf eine schnelle Reform. Inzwischen bezieht sie die Position, dass auch eine gedeckelte Pauschalabgabe von maximal fünf Prozent des Verkaufspreises zu hoch sei. Bernhard Rohleder, Geschäftsführer des Branchenverbands BITKOM, nutzte die Aktion, um einen „Systemwechsel“ zu fordern. Das Internet sei demnach komplett vom Pauschalregime auszunehmen, da dort Systeme zu einer individuellen Urhebervergütung zur Verfügung stünden.

Im Gegensatz zu den Herstellern rechnet die Verwertungsgesellschaft Wort mit sinkenden Einnahmen, wenn der II. Korb der Urheberrechtsreform in der jetzigen Form in Kraft tritt. Sie weist die Darstellung der Druckerindus-

Dreister Ausflug ins
Fantasialand

trie scharf zurück. Der Vorstand der VG Wort, Ferdinand Melichar, bezeichnete die Informationen der Geräteindustrie als dreisten Ausflug ins „Fantasialand“; die Positionen der Verwertungsgesellschaften seien unvollständig dargestellt und aus dem Zusammenhang gerissen worden. Die Zahlen aus den Geschäftsberich-

ten der VG Wort könnten dies mühelos belegen.

Auch von einem Konsumverzicht der deutschen Verbraucher könne nicht die Rede sein: Die Verbreitung von CD- und DVD-Brennern – auf die in Deutschland bereits Vergütungspauschalen erhoben werden – sei in Deutschland wesentlich höher als beispielsweise in Großbritannien. Einen Wermutstropfen musste die VG-Wort – und damit die Urheber – allerdings schon schlucken: Das OLG Düsseldorf wies ihre Klage auf Einbeziehung der Drucker ins Pauschalssystem am 24. Januar ab. Die endgültige Entscheidung hat jedoch der Bundesgerichtshof zu treffen. **ucb**

NACHSCHLAG

Kündigung unwirksam

Die bisherige Kulturreferentin des DGB Berlin-Brandenburg gewann im Dezember vor dem Berliner Arbeitsgericht die Klage gegen ihre Kündigung (siehe Sprachrohr 5/06). Das Gericht bemängelte vor allem Ungeheimheiten im Kündigungsverfahren. So bezweifelte die Kammer, dass der DGB seine Kultur- und Rassismussarbeit tatsächlich weitgehend einstelle, womit der Wegfall der Stelle begründet worden war. Außerdem sei der Betriebsrat nicht rechtzeitig gehört worden. **red.**

Berufung steht bevor

Weiterer Aufruf für die Rettung Mumia Abu-Jamals gestartet

Sofortige Freiheit für den seit 25 Jahren in der Todeszelle sitzenden Journalisten Mumia Abu-Jamal wird in einem aktuellen Unterstützer-Flugblatt gefordert, das sich jede/r Interessierte im Internet herunterladen kann (www.labournet.de/solidaritaet/mumia/index.html). Anlass für den neuerlichen Aufruf ist die bevorstehende Verhandlung vor dem US-Bundesberufungsgericht.

Der ehemalige Sprecher der Black Panther Party wurde ohne schlüssige Beweise eines 1981 an einem Polizisten begangenen Mordes bezichtigt und später zum Tod verurteilt. Seit fast ebenso langer Zeit setzen sich Menschenrechtsorganisationen wie auch Einzelpersonen für die Freilassung des engagierten Journalisten ein, der regelmäßig in vielen Publikationen – unter anderem auch in „junge welt“ – Texte veröffentlicht. Außerdem unterstützt er die radikalökologische Organisation „MOVE“, die in seiner Heimatstadt Philadelphia massiven Repressionen durch die Polizei ausgesetzt ist. Der dju imver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg gehört Mumia Abu-Jamal als Ehrenvorstandsmitglied an.

Die lange und zum Teil sehr komplizierte Geschichte der Tat



Foto: transit/v. Polentz

Immer wieder Aktionen für Mumia Abu-Jamals Leben

und der Verurteilung Abu-Jamals ohne hinreichende Beweise sowie die zahlreichen späteren Nachrecherchen zum Tathergang hat Michael Schiffmann für seine Doktorarbeit an der Universität Hei-

delberg zusammengetragen. Daraus ist der Band „Wettlauf gegen den Tod“ entstanden (siehe Sprachrohr 6/06).

Jüngste Veröffentlichungen zum „Fall Mumia Abu-Jamal“ dokumen-

AUSSTELLUNG

Ich werde es nie vergessen

Begegnungen mit ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen: Bilder und Dokumente. Eine Ausstellung im Rahmen des Bürgerengagements für „vergessene“ NS-Opfer: Vom 27. März 2007 bis 27. April 2007 in der MedienGalerie, Dudenstraße 10. Eröffnung am Dienstag, dem 27.3.2006 um 18.00 Uhr.

Es sprechen: Eberhard Radczuweit (Projektleiter Verein Kontakte e.V.) und Dr. Peter Jahn (ehemaliger Leiter des Deutsch-Russischen Museums Karlshorst)

tieren die Hartnäckigkeit, mit der offizielle Stellen in den USA die Legende vom Schwerverbrecher am Leben halten wollen: So hat nach einem Bericht des österreichischen „Standard“ vom 13. November 2006 die Kommunalverwaltung der Stadt Philadelphia Anzeige wegen „Verherrlichung von Verbrechen“ gegen die Stadtverwaltungen von Paris und Saint Denis erstattet. Die Klage bezieht sich auf Ehrungen, die beide Städte Mumia Abu-Jamal erwiesen haben. Paris hatte ihn bereits 2003, Saint Denis im April 2006 zum Ehrenbürger ernannt.

Gudrun Giese

Möglichst nah an sozialen Brennpunkten

Die Gründung des ersten Berliner Sozialforums für Ende April in Vorbereitung

Am 21. und 22. April 2007 soll das erste lokale Berliner Sozialforum stattfinden. Das haben Anfang Januar Vertreter von über 60 Organisationen und sozialen Initiativen beschlossen. Der Teilnehmerkreis reichte von der Mietergemeinschaft über verschiedene Erwerbslosengruppen, die Kampagne gegen Zwangsumzüge bis zu den Gewerkschaften. Der DGB Berlin-Brandenburg und die ver.di-Jugend waren mit Delegierten vertreten. Damit steht fest, dass es neben Bremen, Freiburg, Heidelberg, München, Reutlingen und Dorfen ab Ende April auch in Berlin ein Sozialforum geben wird. Der Termin ist nicht zufällig

gewählt, wie ein Mitglied der Berliner Vorbereitungsgruppe gegenüber dem Sprachrohr erklärte. „Der Anfang Juni stattfindende G8-Gipfel in Heiligendamm hat die Diskussion über die Strategien der Gegenwehr gegen die neoliberale Wirtschaftsordnung

Lokale Gegenwehr im Netzwerk

wieder angeregt.“ Mit den Sozialforen sollen lokale Strukturen geschaffen werden, die über den Gipfel hinaus vor Ort lokalen Widerstand gegen die Folgen der

neoliberalen Politik bündeln können. Dabei soll in einem ersten Schritt untersucht werden, wie sich das neoliberale Wirtschaftsmodell auf die verschiedenen Bereiche der Gesellschaft auswirkt. Welche Folgen hat es beispielsweise im Gesundheits- und Bildungsbereich, auf kulturellem Gebiet, aber auch für die unterschiedlichen Arbeitsverhältnisse? Natürlich wird auch die Frage der Gegenwehr eine große Rolle spielen.

In den letzten Jahren gab es immer wieder größeren Widerstand – wie etwa die Proteste gegen Hartz IV, die aber meist schnell zersplitterten. Mit dem lokalen Sozialforum sollen die unterschiedli-

chen Initiativen vernetzt werden. Dabei gehört es zu den Prinzipien der Sozialforumsbewegung, keine Richtungs- und Linienkämpfe auszufechten. Deswegen wird es am Ende des Berliner Sozialforums auch keine Grundsatzklärung geben. Dafür erhoffen sich die Organisatoren viele neue Netzwerke und Initiativen als Ergebnis.

In den nächsten Wochen kommt auf den Vorbereitungskreis noch viel Arbeit zu. Die Vorbereitungsgruppe möchte den Tagungsort möglichst nahe an soziale Brennpunkte wie den Berliner Stadtteil Neukölln legen. **Peter Nowak**

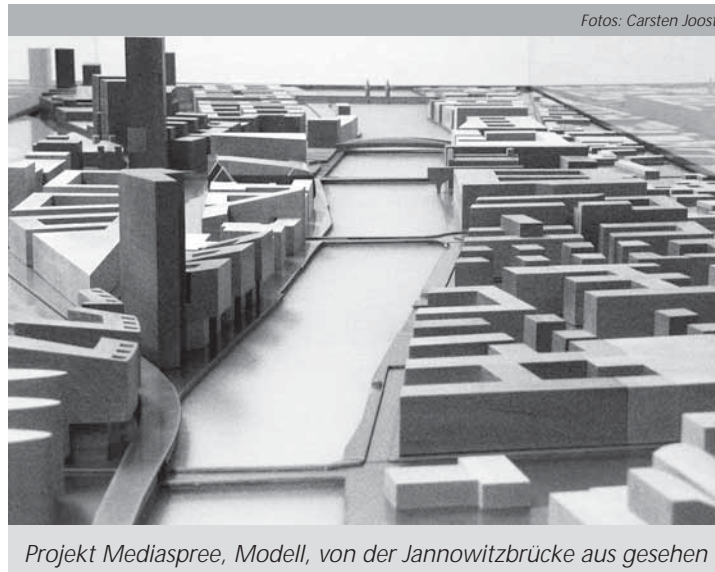
Informationen unter <http://www.sozialforum-berlin.de>

Ankerplatz Zukunft: Medien, Märkte, Menschen

„Mediaspree“ und der neoliberale Stadtumbau

Berlin ist „sexy“, Medien sind auch „sexy“. Berlin-Brandenburg ist eine der potentesten Medien- und IT-Regionen in Deutschland und gilt als Wachstumsmarkt. In der Hauptstadt arbeiten 150.000 Menschen in mehr als 12.000 Unternehmen der Medien- und Kommunikationswirtschaft mit einem jährlichen Umsatz von mehr als 12 Milliarden Euro. Klaus Wowereit hat Kultur und Medien unlängst zur Chefsache erklärt und wirbt persönlich für Europas kreative Kapitale. Auch die IHK hat mit Politik und wirtschaftsfördernden Institutionen eine Strategie erarbeitet, um Berlin zum „Medien- und Kommunikationsstandort Nr. 1“ in Deutschland zu machen. Public Private Partnership heißt die Plattform, auf der die Akteure aus der Wirtschaft im Zusammenspiel mit öffentlichen Einrichtungen agieren.

„Mediaspree“ entstand 2002 aus einer privatwirtschaftlichen Initiative um Investoren aus der Bau- und Immobilienwirtschaft, die nach der Wende die Brachen auf dem ehemaligen Grenzgebiet erworben hatten und deren Entwicklung und Aufwertung betreiben wollten. Neben den Mitgliedern finden sich Partner in der Verwaltung (Bezirk und Senat) sowie das örtliche Arbeitsamt und als soziales Netzwerk die IHK, „BerlinPartner“, „media.net“ und „Medienboard“. „Mediaspree“ wird mit 300.000 Euro jährlich aus Fördermitteln der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ finanziert, das sind 80% der Gesamtkosten. Die öffentliche Hand bietet zudem Investitionshilfen, mit denen Unternehmen wie Universal und MTV angesiedelt wurden. Mit Beihilfen des Senats wird das Gebiet erschlossen, 19,4 Millionen Euro gab es z.B. für das Anschutz Areal. Über das Arbeitsamt können Förderungen für Arbeitsplätze beantragt werden. „Mediaspree“ übernimmt das Marketing, fungiert als Contactpoint, auch auf internationalen Business- und Immobilienmessen. Ähnlich



Fotos: Carsten Joost

Projekt Mediaspree, Modell, von der Jannowitzbrücke aus gesehen

wie die London Docklands oder die Hamburger Speicherstadt will auch Berlin einen Platz für Hochfinanz und Medienkonzerne schaffen. Großflächige Bauprojekte sind Programm, die Medienbranche das Potenzial. Geworben wird mit Berlins Kreativen und auch mit Kultur. „Mediaspree“ wurde vom Senat 2005 als Stadtumbaugebiet beschlossen und ist nun Leitprojekt des Stadtentwicklungskonzeptes Berlin bis 2020.

Geplant sind diverse Hochhäuser, Büroblocks und exklusives Wohnen links und rechts der Spree. Für die Anwohner verbleibt lediglich ein zehn Meter breiter Uferstreifen und ein kleines Stück Park um die Eastside Gallery. Freiräume, alternative Gestaltungen und soziale Komponenten fehlen im Konzept völlig. Der Berliner Immobilienmarkt ist in Bewegung, da er als unterbewertet gilt. Einen Aufschwung erwartet man auch durch die Einführung der börsennotierten Immobilien trusts (REITs). Das Schlüsselprojekt „O2 World“ wurde von Anschutz, einem amerikanischen Unternehmen der Eventbranche, entwickelt. Finanziert wird die riesige Multifunktionshalle mit 17.000 Plätzen über die Namensrechte, die O2 erwarb. Ein Entertainment Center ist in Planung. Eine Autobrücke über die Brommystraße soll kommen und

die Zufahrt erleichtern, die angrenzenden Bezirke Friedrichshain und Kreuzberg sollen „dynamisiert“ werden.

30.000 Arbeitsplätze erhofft sich Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer. Klaus Wowereit warb bei der Grundsteinlegung der O2-Arena mit der Schaffung von 1500 Arbeitsplätzen. Nach allem, was sich bisher abzeichnet, drohen dort künftig prekäre Beschäftigung im Service, bei Sicherheitspersonal, Würstchenverkäufern und Kartenabreißern sowie obligatorische Lächelkurse fürs Personal. Auch der Callcenter-Bereich verspricht eine hohe Rendite auf dem Rücken von Billiglohn-Beschäftigten. Die in der „Oberbaum-City“ ansässige Service-Tochter der BASF schafft 500 solcher Stellen, im neuen „Vor-



Und aus der Mauer wurden viele Zäune ...

zeige“-Callcenter der Karstadt/Quelle AG sollen ca. 1000 Menschen arbeiten. Gerade dieser Ableger des Handelsriesen besticht durch niedrige Löhne, Umgehung der gesetzlichen Vorschriften für Bildschirmarbeit und zeichnet sich durch eine besondere Mitarbeiterüberwachung aus.

Klar scheint auch, dass viele Arbeitsplätze nur während der Bauphase entstehen. Eine gängige Praxis der Medienwirtschaft ist es außerdem, Beschäftigung auf Projektdauer zu beschränken. Sucht man im Internet, so findet man unter den Begriffen „Berlin“ und „Media“ viele Praktika für Qualifizierte zu prekären Konditionen.

Auch das Stadtentwicklungsprojekt „Stadtumbau West“ sieht vor, das Kreuzberger Spreeufer zum „hochwertigen innerstädtischen Wirtschaftsstandort“ zu entwickeln und „zukunftsfähige Arbeitsplätze in der wissens- und produktionsorientierten Dienstleistungsökonomie“ zu schaffen. Wie aber könnte ein solcher zukunftsfähiger Arbeitsplatz aussehen? Sowohl Franz Schulz, Bezirksbürgermeister von Friedrichshain-Kreuzberg, als auch Klaus Wowereit, Wirtschaftsminister Wolf und Stadtentwicklungssenatorin Junge-Reyer bleiben eine weitreichende Antwort bislang schuldig.

Gegen Verbauung und Verdrängung durch steigende Mieten bildete sich 2006 die BürgerInneninitiative „Mediaspree versenken“.

Arm und sexy im Medienhype

Die will Alltagsfragen politisieren, „Armut“ – entgegen dem Wertungsinteresse der Konzerne – zum Thema machen. Erste Aktionen gab es zum CSD, Kiezspaziergänge und ein BürgerInnenbegehren sind in Planung. ver.di jedenfalls ist mittendrin, im Spektrum der Gesellschaft zwischen der Verflechtung von Kapitalinteressen, prekärer Beschäftigung, globalen Akteuren, Medienhype und Kreativwirtschaft. Und Klaus Wowereit wird den BürgerInnen im Verlauf der Amtsperiode sicherlich noch erklären, warum arm zugleich „sexy“ ist.

Malah Helman

Malah Helman ist seit Oktober 2006 im Vorstand des Berliner Filmverbands in ver.di. Weitere Links zum Thema: Berliner Antiprivatisierungsbündnis www.unverkaeuftlich.org Zur Stadtentwicklung www.abriss-berlin.de

Das dritte Leben der roten Heftchen

Im zehnten Jahr in Weltbühnentradition

Es war eigentlich noch kein richtiges Jubiläum. Im Januar hatten die Macher des in Berlin erscheinenden „Blättchen“ gemeinsam mit treuen Autorinnen und Autoren, Freunden und Sympathisanten den Start ins zehnte Jahr gefeiert. Wer das unspektakuläre Zweiwochenblatt für „Politik, Kunst und Wirtschaft“ im Schulheftformat in der Hand hält und sich in der Pressegeschichte etwas auskennt, fühlt sich sofort an die von Siegfried Jacobsohn 1918 begründete „Weltbühne“ mit ihren Protagonisten Carl von Ossietzky und Kurt Tucholsky erinnert. Das kräftige Orangerot des schlichten Covers mit schwarzer Schrift, Fließtexte, von deren Lektüre nichts ablenkt, konsequent bilderlos. Das ist beabsichtigt. „Das Blättchen“ sieht sich in Weltbühnentradition.

Auch die Redaktion von „Ossietzky“ würde Grund zu ähnlicher Festivität haben. Auch sie bewegt sich im zehnten Jahr in dieser Tradition, ja sieht sich ihr sogar strenger verpflichtet. Ihr Heft hat ein um Nuancen dunkler getöntes Cover, schwarze Schrift, Fließtexte, bilderlos, im aktuellen Sonderdruck „Die Opfer der Kriege“ auch eine Grafik. Zwei Blätter, die jedes auf eigene Art kritisch das Zeitge-

schehen beobachten und sich politischem Mainstream verweigern. Im Januar 1998 suchten sie – fast ein Zufall – als zwei voneinander unabhängige Folgeblätter die Weltbühnentradition wiederzubeleben. In der Nazizeit verboten und verschwunden, ab 1946 wieder in der DDR erschienen, wurde das rote Heftchen nach der Wende eingestellt und vor allem in intellektuellen Kreisen schmerzlich vermisst.

Eckart Spoo, ehemals Redakteur der Frankfurter Rundschau und dju-Vorsitzender, wählte mit seinem Herausbergerteam „Ossietzky“ als Namen für die zunächst in Hannover, seit 2000 in Berlin erscheinende „Zweiwochenschrift

**Konsensgeschwafel
stören**

für Politik, Kultur und Wirtschaft“, die „mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik“ stören will. Unbequeme Wahrheiten – von anderen Medien nicht selten umgangen – werden ausgesprochen. So setzt sich die aktuelle Ausgabe Ende Januar mit Militarisierung der Innenpolitik, Totalitarismusforschung oder

der „Untertanenschule“ für junge Frauen als ARD-Soap auseinander. Für „Ossietzky“ arbeiten sowohl ehemalige Weltbühnen-Autoren wie Lothar Kusche oder Matthias Biskupek als auch in der Medienlandschaft der alten Bundesrepublik bekannt gewordene Publizisten wie Otto Köhler oder der Kabarettist Dietrich Kittner.

„Blättchen“ – der bei Siegfried Jacobsohn entlehnte Name war einst die redaktionsinterne Koseform für die Weltbühne. Historiker Jörn Schütrumpf und Journalist Wolfgang Sabath, der u.a. bei „Sonntag“ und „Freitag“ gearbeitet hatte, geben ihr „Blättchen“ heute als Zweierteam im Selbstverlag heraus. „Wir sind lockerer, während sich ‚Ossietzky‘ kämpferischer gibt“, schätzt Sabath ein. Die Koexistenz mit „Ossietzky“ sei ein „Dauerbrenner, aber wir bestehen nebeneinander ohne ausgesprochenes Konkurrenzgefühl“. Vielleicht weil – eher unbeabsichtigt – „Das Blättchen“ vorrangig im Osten und „Ossietzky“ vor allem im Westen gelesen wird.

Alle zwei Wochen finden sich Sabath und Schütrumpf virtuell zusammen, wählen aus einem „Berg von Zusendungen“ die in die Heftstruktur passenden Themen aus. Sie pflegen ein gemisch-

tes Konzept von Inlands-, Auslands- und Kulturthemen, legen Wert auf politisch Unterhaltendes und gute Lesbarkeit. Ein Feuilleton pro Ausgabe ist Pflicht. Wenn's passt, werden Blöcke zu Landespolitik oder geschichtlichen Ereignissen zusammengestellt. Im Augenblick läuft Lyrik, die gegen den Strich bürstet, auf der zweiten Umschlagseite.

„Wir sind nur für uns verantwortlich, genießen es, dass keiner reinredet“, loben die beiden Redakteure die Vorzüge ihres unbezahlten Jobs. Wobei Sabath die Gefahr einräumt, dass die Sicht zu eng werden kann, wenn nur zwei das Blatt machen. Deshalb suchen

**Mund-zu-Mund-
Propaganda bringt Leser**

sie auch nach „neuen Autoren, die durch unkonventionelle Meinungen auffallen.“ Ausschlussgrund: „Rechtes Gedankengut drucken wir nicht.“ Erstaunlicherweise, so Sabath, „schreiben kaum Journalisten für uns – wahrscheinlich, weil wir keine Honorare zahlen können. Aber wir haben Verbindungen zu Persönlichkeiten aus vielen Bereichen, die herkommen und gut schreiben können.“ Mit einer 2500er Auflage, dem Abo-Verkauf und der Unterstützung durch den Freundeskreis hält sich „Das Blättchen“ plusminus Null über Wasser. „Wir leben von Mund-zu-Mund Propaganda“, meint Sabath und freut sich, dass dabei die Leserschaft schon in Richtung jüngerer und studentisches Publikum umschlägt. **B.E.**

EHRUNG FÜR EINEN UNRUHIGEN

Wir gratulieren! Unser Kollege Hans-Hermann Krönert hat die Ehrenmedaille der Stadt Cottbus erhalten. Dass sie ihm im Schloss Branitz überreicht wurde, der ehemaligen Heimstatt von Fürst Pückler, hat geradezu symbolischen Zuschnitt. Hieß doch sein erfolgreichstes Buch „Der tolle Pückler“. Dafür hat er über Jahre Papierberge umgewälzt und alles durchforstet, was nur irgendwie von und über den Beschriebenen zu finden war, sodass ein faktenreiches, farbiges Bild in einem grafisch ungewöhnlich reizvollem Band entstand.

Doch hat Krönert bereits 14 Publikationen verfasst. Er schrieb in der Lausit-

zer Rundschau an die 300 „Lausitzer Miniaturen“, jetzt sammelt er Begriffe für ein „Cottbuser Heimatlexikon“. Besonders ehrungswürdig wird aber seine Arbeit der vergangenen 15 Jahre am „Cottbuser Heimatkalender“ bewertet.

H.-H. Krönert kam nach dem Journalistikstudium 1957 nach Cottbus und war jahrzehntelang, bis zum unruhigen Vorruhestand 1991, Bezirkskorrespondent des Neuen Deutschland. Wahrscheinlich kennt er die Region besser als mancher hier Geborene. Auch Sprachrohr-Leserinnen und -Lesern kommt dies bei seiner Mitarbeit am Blatt zugute.

A.G.

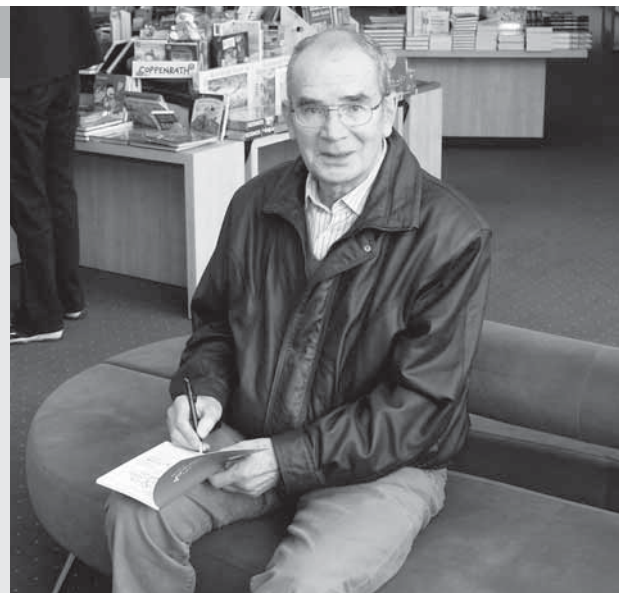


Foto: Klaus Muche

Neuer Streit um das Funkhaus Nalepastraße

Ostdeutschen Ländern droht erneut hoher Verlust – sie bleiben die Geprellten

Um das ehemalige DDR-Rundfunkgelände in der Berliner Nalepastraße ist neuer Ärger entbrannt. Wie in diesem Fall nicht anders zu erwarten, geht es wieder um sehr viel Geld. Als ursprüngliche Besitzer nach der Wende hatten die ostdeutschen Länder nach langem Hin und Her die Immobilie weit unter Wert einer Verleihfirma für Baumaschinen im sachsen-anhaltinischen Jessen überlassen. Eingefädelt hatte den schlampig zusammengeschusterten Vertrag die landeseigene Magdeburger Liegenschaftsgesellschaft Limsa. Ihr Geschäftsführer Hans-Erich Gerst musste einige Zeit darauf den Hut nehmen, als sich nach und nach herausgestellt hatte, was für ein krummes Ding er da eingerührt hat. Sehr bald entpuppten sich bekanntlich die Käufer als Spekulanten, die aus ihrem ergaunerten Besitz möglichst rasch hohen Gewinn erraffen wollten. Die Betriebskosten halsten sie weiterhin ihren Vorgängern, den neuen Ländern, auf: 527.000 Euro, Steuergelder. Zurückfließen werden sie aber nicht, nur 260.000 Euro sah ein Vergleich mit der Jessener Firma vor dem Landge-

richt Berlin vor. Diese ließ den festgesetzten Zahlungstermin, 18. Januar, kurzerhand verstreichen. Auch die saubere Firma, BauPraktik GmbH genannt, soll es nicht mehr geben, wie ein Gläubiger zu seinem Leidwesen erfahren musste. Geschäftsführer Frank Thiele behauptet nassforsch, nichts mehr damit zu tun zu haben. Alleingesellschafter Felix Kuschner indessen wird laut der Presseagentur ddp seit drei Monaten mit Haftbefehl gesucht. Eigener Schulden wegen soll er zum Offenbarungseid gezwungen werden. Die ostdeutschen Länder, vor aller Öffentlichkeit blamiert bis ins Mark, sind die Geprellten. Die Berliner Finanzverwaltung, die einen der größten Immobilienskandale vor ihrer Haustüre teils verschlafen, teils sogar geduldet hat, denkt nun

Rückabwicklung des Billig-Verkaufs?

sogar über die Rückabwicklung des sittenwidrigen Billig-Kaufvertrages vom November 2005 mit den Jessener Baumaschinen-Ver-



Foto: transit/v. Polentz

Das Gebäude wird Museum und verliert an Wert.

leihern nach. Man müsste es eigentlich wissen, dass dies wohl vergebliche Liebesmüh sein dürfte. Der geschasste Limsacheff Gerst ist übrigens mittlerweile an höherer Stelle wieder in Amt und Würden. Eigens für ihn hat man im Magdeburger Finanzministerium ein neues Pöstchen als Referatsleiter für Beamtenversorgung erfunden. Um die denkmalgeschützten Rundfunkgebäude in der Nalepastraße geht indessen das Gerangel mit ungewissem

Ausgang weiter. Nicht nur, dass sie so nach und nach an Wert verlieren, werden sich bei dieser Ungewissheit kaum kapitalkräftige Mieter finden, die für den gewünschten neuen Medienstandort in der Nalepastraße in Frage kämen. Der derzeit potenteste Mieter, das Deutsche Filmorchester Babelsberg, verlässt demnächst das Haus und kehrt an den Ort zurück, nach dem es benannt ist.

Bernhard Kellner

Verstoss gegen den Vertrauensschutz

Gericht bestätigt ver.di-Haltung zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung

Im Frühjahr vergangenen Jahres war Hals über Kopf die Frist wieder kassiert worden, in der langjährige Selbständige und Freiberufler der freiwilligen Arbeitslosenversicherung beitreten konnten. Viele Versicherungswillige blieben dadurch auf der Strecke. Den Handstreich des Bundestages hatte der stellv. ver.di-Vorsitzende Frank Werneke seinerzeit als unglaubliches Vorgehen gewertet. Es werde „eine der sinnvollsten Reformen der letzten Jahre in einer Geheimaktion gestrichen“.

Der ver.di-Haltung, dass die Kappung der Frist für den Beitritt zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung verfassungswidrig ist, hat sich das Sozialgericht Koblenz

nun am 10. Januar angeschlossen: Die nachträgliche Abschaffung der Versicherungsmöglichkeit von langjährig Selbständigen verstößt nach Auffassung des Gerichts gegen das Grundgesetz und den rechtsstaatlichen Grundsatz des Vertrauensschutzes.

Nacht- und Nebel-Aktion heftig gerügt

Das Gericht rügt das Verfahren dabei mit nicht gerade freundlichen Worten: Der Gesetzgeber dürfe, so die Koblenzer Richter, sein Förderungsangebot nicht beliebig zurücknehmen. Es müssten schwere Nachteile für wichtige

Gemeinschaftsgüter drohen, falls die einmal zum Gesetz erhobene Übergangsregelung verändert werde. „Solche Nachteile seien der Gesetzesbegründung nicht einmal ansatzweise zu entnehmen und auch sonst nicht ersichtlich“, befand das Urteil (Az.: S 9 AL 302/ 06) zu der Nacht-und-Nebel-Aktion des Bundestags. Es sei ohne Vorankündigung und Reaktionsmöglichkeit jenen, die vor dem Jahr 2004 ihre Selbständigkeit begründeten, die Versicherungsmöglichkeit wieder genommen worden.

„Durch das Koblenzer Urteil wird unsere Haltung klar bestätigt“, freut sich Veronika Mirschel, Leiterin des Referats Selbständige bei ver.di. Die Gewerkschaft,

die die Klagen ihrer Mitglieder gegen die Neuregelung unterstützt, erwarte nun, „dass das Verfassungsgericht zügig angerufen wird und die Gesetzesänderung endgültig verwirft“. Ein langwieriger Rechtsweg gegen die offensichtlich verfassungswidrige Regelung berge das Risiko, dass „lediglich das Recht auf Beitragszahlung erstritten wird, ohne dass diesen Zahlungen durchsetzbare Ansprüche bei Arbeitslosigkeit gegenüber stehen“. Diese Gefahr bestehe, da die Möglichkeit zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung zurzeit noch bis 2010 befristet ist.

mediafon

Ratgeber mediafon zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung
http://www.mediafon.net/ratgeber_haupttext.php?id=43e60c48815a1

Ein beinahe Vergessener

Der junge Mann, der im Herbst 1890 in Berlin ankam und bei Meister Kabel in der Linienstraße Arbeit fand, war von Beruf Sattler; nichts zog ihn zurück ins heimliche Breun. In Versammlungen des Sattlervereins machte er sich bekannt und wurde bald gewählt. Das allein genügt ihm nicht, er ist bildungshungrig – besucht Abend- und Sonntagskurse, beginnt Französisch und Englisch zu lernen, schult seine Handschrift, versucht sich in Stenografie, besucht außerdem die Vorlesungen an der Universität. Im Laufe seines Lebens hat er sieben Sprachen erlernt – ein großer Vorzug für seine spätere Arbeit in der internationalen Gewerkschaftsbewegung.

Es zeichnete Sassenbach aus, dass er seinem Denken keine Fesseln anlegte. Er pflegte vielfältige Kontak-



te – neben Arbeitern aus der Gewerkschaft gehörten dazu ebenso Akademiker, Politiker und Künstler unterschiedlicher Denkrichtung. Als er später seine geräumige Wohnung im Gewerkschaftshaus bezog, kultivierte er den Gedankenaustausch in einer „Freitagsgesellschaft“ – eine in Berlin weithin beliebte Einrichtung,

Den wesentlichen Inhalt seiner Lebensarbeit sah er aber im Aufbau der jungen Gewerkschaftsbewegung. Die Erfahrungen während der Wanderjahre hatten ihn politisiert, gegen soziale Ungleichheit anzugehen. Im November 1890 schlossen sich die sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaften zusammen. Ermöglicht durch die Hilfe seines Freundes Leo Arons, konnte 1900 am Engelufer ein repräsentatives Gewerkschaftshaus als ihr Sitz

eingeweiht werden. Das Haus bot beste Voraussetzungen für die Bildungs- und Kulturarbeit, der sich Sassenbach besonders widmete. Er organisierte Buch- und Kunstausstellungen, darunter viel beachtet eine mit moderner Malerei, an der sich auch Liebermann und Corinth beteiligten.

Ständiges Augenmerk richtete er auf die Schulungsarbeit in der wachsenden Organisation. Die planmäßige Weiterbildung der Funktionäre galt praxisnahen Fragen, im Laufe der Jahre nahmen 1387 Hörer teil. Auf dem Gewerkschaftskongress 1911 wurden Sassenbachs Leitsätze zu Bildungsarbeit und Bibliothekswesen mehrheitlich angenommen. Gefordert wurde u.a. die Zusammenfassung der Arbeiterbibliotheken.

Die Internationalisierung des Kapitals förderte die Internationalität der Arbeiterbewegung. Es kam zur Gründung der Gewerkschaftsinternationale, später Internationaler Gewerkschaftsbund (IGB) mit Sitz in Berlin. Für Sassenbach tat sich damit ein neues Feld auf, besonders Kontakte im Ausland zu knüpfen.

Ein vorläufiges Ende der Solidarität setzten jedoch der 1. Weltkrieg und die „Burgfriedenspolitik“ der deutschen Gewerkschaften. Nach Kriegsende bemühte sich Sassenbach mit diplomatischem Geschick, die deutschen Gewerkschaften wieder in den IGB zu integrieren. Mit seiner Wahl zum Sekretär des IGB, seit 1927 Generalsekretär, war sein neuer Sitz Amsterdam.

Ein Leben lang währte seine große Leidenschaft für Bücher. Regelmäßig hatte er in der Literaturbeilage des „Correspondenzblattes“ Buchrezensionen mit Seitenhieben auf die „Schundliteratur“ geschrieben. Der „Verlag Johannes Sassenbach, Berlin“ ist im „Adressbuch des Deutschen Buchhandels“ von 1891 bis 1926 verzeichnet. Herausgegeben wurden anspruchsvolle avantgardistische Titel, aufklärende Schriften, Werke von Arbeiterschriftstellern und zeitweise die Zeitschrift „Neuland“.

Sassenbach blieb immer unverheiratet. Nachdem er 65jährig aus der aktiven Politik ausschied, schrieb er seine Erinnerungen nieder – einen lebendigen Geschichtsabriss, in dem persönliches Erleben und Gewerkschaftsgeschichte unlösbar verzahnt sind.

Annemarie Görne



Fotos: Trafo Verlag, DGZ-Archiv, JSG

Das Interesse an der eig

Die Johannes-Sassenbach-Gesellschaft (JSG) wurde am 12. August 1992 von 18 Historikerinnen und Historikern, Archivarinnen und Archivaren, Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern in Berlin, Unter den Linden 15, gegründet. Sie ist aus der Johannes-Sassenbach-Stiftung hervorgegangen, die es sich in der Wendezeit zur Aufgabe gemacht hatte, die äußerst wertvollen Archiv- und Bibliotheksbestände des FDGB zu sichern. Es ist einigen engagierten Frauen und Männern aus Ost und West zu danken, dass dieses unschätzbare Erbe aus mehr als 100 Jahren Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ohne Schaden und vollständig über diese

bewegte und unübersichtliche Phase deutscher Geschichte gerettet werden konnte. Ihrem Einsatz ist es zu danken, dass die gewerkschaftlichen Archiv- und Bibliotheksbestände einheitlich und geschlossen – trotz komplizierter Rechtsverhältnisse – in das Bundesarchiv, besser gesagt die neuformierte „Stiftung Archive der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv“ (SAPMO), die heute ihren Sitz in Berlin-Lichterfelde hat, eingebracht werden konnten.

Damit waren die Voraussetzungen erfüllt, sich weiteren Aufgaben zuzuwenden: Die JSG will zur Nutzung der Bestände durch Wissenschaft und Öffentlichkeit beitra-

ten war Zeit für den Schaukelstuhl des Gewerkschafters Johannes Sassenbach bewahren

Johannes Sassenbach (1866 - 1940) ist ein fast vergessener Gewerkschaftsführer aus der Pionier- und Wachstumsphase der deutschen Gewerkschaften. Seit 1902 war er Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Sassenbach begann kurz nach der Jahrhundertwende, die deutschsprachige gewerkschaftliche Literatur zu erfassen. Anfang der 1920er Jahre trat er aus der ersten Reihe der deutschen Gewerkschaftsbewegung mehr in

den Hintergrund. Die Linken unter den Gewerkschaftsführern hielten ihn für einen Reformisten, die Konservativen warfen ihm vor, er habe nach dem 1. Weltkrieg den Gewerkschaften der ehemaligen Feindstaaten unnötige Zugeständnisse gemacht. Sassenbach wurde Sekretär und Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Tatsächlich hielt er zeitlebens die Interessen aller Mitglieder hoch, auch die der Arbeitslosen und Heimarbeiter.

In der Publikationsreihe der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft ist 2006 ein Band zur bibliographischen Leistung Johannes Sassenbachs erschienen. Wir sprachen mit Autorin Gisela Peter.

Wie kamen Sie dazu, sich mit Leben und Werk Johannes Sassenbachs zu beschäftigen?

Ich habe 20 Jahre als Gewerkschaftsbibliothekarin von Großbetrieben der DDR gearbeitet und 1986 ein Diplomstudium an der Humboldt-Universität begonnen. Damals kam ich in der Zentralbibliothek der Gewerkschaften Unter den Linden erstmals mit Sassenbachs Veröffentlichungen in Berührung und konnte Quellen einsehen.

Warum ist seine bibliographische Leistung so hoch zu schätzen?

Sassenbach hat für die frühe ge-

werkschaftliche Literatur eine einmalige und ganz unschätzbare Leistung erbracht. Das gilt auch für sein „Verzeichnis der in deutscher Sprache vorhandenen gewerkschaftlichen Literatur“, das zwischen 1906 und 1912 in vier Ausgaben mit einem Nachtrag erschien. Zuletzt waren mehr als 7700 Quellen erfasst. Sassenbach hat das Verzeichnis sozusagen nebenbei gefertigt, zunächst als Literaturliste für die Teilnehmer der zentralen gewerkschaftlichen Unterrichtskurse. Daraus wurde dann eine umfangreiche Bibliographie. Sassenbach hat nicht nur alles erfasst, was von den Gewerkschaften selbst herausgegeben wurde, sondern auch, was von anderen über die Gewerkschaften publiziert wurde. Auch Texte aus Protokollen und Berichten von Gewerkschaftskongressen und Tagungen hat er er-

schlossen. Solche Belege findet man nirgendwo sonst. Zugute kam ihm, dass er „Insider“ war, Pionier gewerkschaftlicher Bildungsarbeit und ein großer Buchliebhaber.

Sind in der Bibliografie heute noch Schätze zu heben?

Der Plan, das Verzeichnis neu herauszugeben, scheiterte bislang leider an Zeit und Mitteln. Dennoch wäre es sinnvoll, die Quellen neu zu erfassen und für heutige Benutzer aufzuarbeiten, am besten elektronisch. Die gesamte Bibliographie bleibt eine Fundgrube für Gewerkschafts- und Sozialhistoriker. Speziell der seltene Nachtrag vom Oktober 1912, könnte noch gründlich erschlossen werden.

Gisela Peter: Gewerkschaftliche Literatur vor 1914. Die bibliographische Leistung Johannes Sassenbachs. Trafo Verlag 2006, 150 S. broschiert, 14,80 Euro, ISBN 3-89626-664-0

enen Geschichte wach halten

gen; sie will einschlägige Forschung auf den Gebieten Gewerkschafts-, Arbeiterbewegungs- und Sozialgeschichte betreiben helfen, und sie will nicht zuletzt innerhalb der Gewerkschaften das Interesse an der eigenen Geschichte wach halten und wiederbeleben.

Mit dieser Zielsetzung fühlen wir uns unserem Namensgeber Sassenbach verpflichtet. Zu seinem 140. Geburtstag hat die JSG im Oktober 2006 eine Festveranstaltung in Berlin abgehalten, deren Beiträge demnächst veröffentlicht werden. In einer Zeit, in der das Interesse an der Geschichte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch

bei den Gewerkschaften selbst spürbar nachgelassen hat, wachsen die Anforderungen. Mit ihren bescheidenen finanziellen Mitteln – sie finanziert sich ausschließlich über Mitgliedsbeiträge – muss die JSG allerdings gezielt haushalten.

Sie unterhält, zusammen mit der SAPMO und dem Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung, eine Vortragsreihe, deren Texte in einer Reihe von Broschüren gedruckt vorliegen. In diesem Jahr werden wir, ebenfalls in Berlin, eines Zeitgenossen, Freundes und Mitstreiters Sassenbachs gedenken, des ADGB-Vorsitzenden Theodor Leipart (1867-1947).

Vorsitzende Helga Grebing hat schon 2001 dazu aufgefordert, dass Historiker „sich in die Zukunftsfragen der Gewerkschaften“ einbringen sollten. Als mögliche Themenfelder nannte sie europäische Mitbestimmungsmodelle und „Formen der Partizipation der Gewerkschaften an der demokratischen Willensbildung“. Unschwer lassen sich etwa Globalisierungskonsequenzen und die Zukunft der Arbeit als vorrangige Fragestellungen hinzufügen. Diesen Weg, auch wenn er schwer wird, sollte die JSG künftig beschreiten.

**Hans-Otto Hemmer,
Vorsitzender der JSG, Berlin**



In Sachen Franz Fühmann

Brandenburger VS-Vorstand besuchte Begegnungsstätte in Märkisch-Buchholz



Am 1. November 2006 tagte der Vorstand des Brandenburgischen Schriftstellerverbandes in der Begegnungsstätte „Franz Fühmann“ in Märkisch Buchholz. Das kam nicht von ungefähr, hat die Begegnungsstätte doch, wie seinerzeit die bereits abgewickelte Schule vor Ort, um ihren Bestand zu fürchten. Die Schriftsteller wollten durch ihre Versammlung dort ein Zeichen für den Erhalt der Begegnungsstätte setzen.

Die Geschichte der Erinnerungsstätte beginnt im Januar 1997, zum 75. Geburtstag Fühmanns, als diese in Märkisch Buchholz durch die Studienrätin a.D. Irmgard Pöche – lange Jahre als Lehrerin vor Ort, gestaltete sie gemeinsam mit Franz Fühmann und den Kindern der Schule dort manche Lesung – eröffnet wird. Hier wird sich zur Aufgabe gesetzt, die literarischen Arbeiten Franz



Der VS-Vorstand verweilte auch an Fühmanns Grab

Fühmanns (1922-1984) für kommende Generationen lebendig zu erhalten. In einer Ausstellung wird Fühmanns enge Beziehung zur Schule in Märkisch Buchholz und die zu den Kindern dokumentiert. Die Begegnungsstätte ist auf dem Gelände der ehemaligen Schule untergebracht.

Von der Begegnungsstätte aus nahm die Erinnerungsarbeit ihren Ausgang, die im November 1999 auch zur Gründung des Franz Fühmann Freundeskreises (in Folge FFF) mit derzeit 97 Mitgliedern an der Staatsbibliothek zu Berlin führte. Seit April 2002 ist der FFF zudem Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Literarischer Gesellschaften und Gedenkstätten (www.alg.de/ Mitglieder: Freundeskreis Franz Fühmann).

Der Franz Fühmann Freundeskreis Märkisch Buchholz/Berlin hat es sich zur Aufgabe gesetzt, das Werk des Prosaschriftstellers, Essayisten, Dichters und Nachdichters im Bewusstsein der Menschen lebendig zu erhalten und so in Gegenwart und Zukunft weiterwirken zu lassen. Das Gremium fördert die Verbreitung des Werkes und die Aufarbeitung der Wirkungsgeschichte des Autors durch Lesungen, Vorträge, Gespräche, Informationstreffen und Studienreisen zu den Lebens- und Wirkungsstätten Franz Fühmanns.

Vor Ort steht das Sommerhaus Fühmanns, in dem er seit 1958

zunächst in den warmen Monaten, später teilweise auch den Winter über lebte und arbeitete. Sein Grab befindet sich auf dem Friedhof Märkisch Buchholz, und seit dem Herbst 2005 steht das von Wieland Förster für seinen Freund Franz Fühmann geschaffene Denkmal am Moritzplatz im Ort. In naher Zukunft ist geplant, Gedenktafeln am ehemaligen Wohnsitz in Berlin und an Fühmanns Geburtshaus in Rokytnice nad Jizerouan anzubringen.

2004, im 20. Todesjahr Franz Fühmanns, erschien der zweisprachige Gedichtband „Der Rosenmaler“ mit Texten des ungarischen Autors Márton Kalász (Übersetzer und Förderer des Fühmannschen Werkes in Ungarn). Die Übertragung Paul Kárpáts wurde von Franz Fühmann nachgedichtet. Zudem befördert der FFF das Erscheinen des Briefban-

Freundeskreis fördert Editionen

des „Briefe des Nachdichters Franz Fühmann an den Übersetzer Paul Kárpáti 1961 – 1984“, der in der zweiten Jahreshälfte 2007 erscheint. Fühmann-Begeisterten ist noch die vor zwei Jahren veranstaltete Ausstellung der Zentralen Landesbibliothek „Franz Fühmann im 20. Todesjahr – Ein-

LESUNG

Fast vergessene Schriftstellerinnen und Schriftsteller

Alex Wedding (1905 – 1966), vorgestellt von Susanne Alge, wurde am 11. Mai 1905 als Grete Bernheim in Salzburg geboren. Sie ist das dritte von vier Kindern jüdischer Eltern, lernt früh den herrschenden Antisemitismus kennen und ist als Kind verarmter Leute immer wieder verletzender Diskriminierung ausgesetzt. Diese Erfahrungen werden ihr Werk, das sie unter dem Pseudonym Alex Wedding veröffentlicht, ebenso prägen wie die Überzeugung, „daß die sozialen Zustände (...) nur dann geändert werden konnten, wenn das arbeitende Volk die Welt regierte.“ Von den Nationalsozialisten ins Exil gejagt, kehrt sie nach dem Krieg zurück und wird zur prägenden Persönlichkeit der sozialistischen Kinderliteratur.

Anja Clarissa Gilles liest aus verstreuten Publikationen der Autorin. Donnerstag, 8. März 2007, 19.30 Uhr, Literaturhaus Fasanenstr. 23, Kaminraum/ Eintritt frei. Eine Veranstaltung des VS, Auskünfte Tel. 88 66 54 03

blick in seine Bibliothek“ im Gedächtnis. Eröffnungs- und Abschlussveranstaltung wurden damals vom FFF in Zusammenarbeit mit der Zentralen Landesbibliothek von Berlin und deren Freundeskreis gestaltet. Die website www.franz-fuehmann.de hält zu Leben und Werk Franz Fühmanns sowie zu den jeweiligen Veranstaltungen des FFF aktuelle Informationen bereit.

Paul Alfred Kleinert

Da sich Arbeit und Aufwendungen des FFF ausschließlich aus Spenden finanzieren, hier das Konto des Freundeskreises: Heimatverein Märkisch Buchholz, Kennwort FFF, Mittelbrandenburgische Sparkasse, BLZ 160 50 000, Konto 36 74 02 02 96.

LESENSWERT

Neuerscheinungen von VS-Mitgliedern

Brüning, Elfriede – „Gedanken-Splitter“ Spotless-Verlag 2006

Kappelt, Olaf – „Friedrich der Große – Meine Koch- und Küchengeheimnisse“, Berlin historica Verlag 2006

Kunz, Gunnar – „Dunkle Tage“ Sutton Verlag 2006

Rothärmel, Katharina – „Schattenspiele oder Rückblick auf eine Vergangenheit, die keine Zukunft hatte“, Erzählung, trafo verlag 2006

In dieser neuen Rubrik „Lesenswert“ informiert der VS von nun an über aktuelle Veröffentlichungen seiner Mitglieder und bittet deshalb, Neuerscheinungen der Geschäftsstelle mitzuteilen.

LESUNG ZUM GEDENKEN



Foto: transit/v. Polentz

Zum 20. Todestag von Ingeborg Drewitz (1923 – 1986) hatte der Berliner VS am 14. Dezember zu einer Würdigung ins Literaturhaus Fasanenstraße eingeladen. Hans Häußer, Prof. Dr. Dieter Pforte, Jutta Rosenkranz und Katharina Rothärmel erinnerten an die berühmte Kollegin. Sie war sozialkritische, politische Autorin, Vizepräsidentin des deutschen P.E.N.-Zentrums und Vorsitzende des VS-Berlin.

Lese-Herbst: Brunnen der Jahre

Eine Lesung zur Erinnerung an Jurij Brezan, der sorbisch träumte und deutsch schrieb



Am 30. November veranstaltete der Landesverband Brandenburg des VS in der Stadtbibliothek von Frankfurt/Oder eine Herbstlesung. Sie galt dem im März 2006 verstorbenen Schriftsteller Jurij Brezan.

Jurij Brezan war in der DDR ein vielgelesener Autor mit einer Besonderheit, die er selbst einmal so ausdrückte, „ich träume auf sorbisch und schreibe in deutsch ...“.

Die ethnische Gruppe der Sorben aus der Lausitz betrachtete ihn als ihren Nationaldichter, aber er war natürlich mehr als das und bekannter als nur in der Lausitz. Seine Erzählungen, Romane und Kinderbücher – insgesamt mehr als 50 Titel – erschienen in Millionen Exemplaren und wurden in 25 Sprachen übersetzt. Zu seinen Hauptwerken zählen die „Krabat“-Romane, der Roman „Bildnis des Vaters“ sowie die Erzählungen „Die schwarze Mühle“ und „Hunds Tagebuch“.

Die Besucher der Veranstaltung bekamen noch einmal Kostproben aus seinen Werken zu hören, denn die Autorin Carmen Winter

und Schriftsteller Till Sailer lasen Auszüge aus seinen Romanen, die dazu animieren sollten, wieder einmal „einen Brezan“ zur Hand zu nehmen.

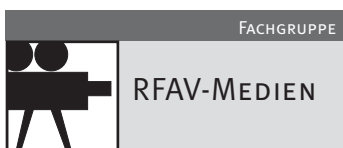
Auch in Polen
war er populär

Jurij Koch und sein Kollege aus Bautzen erinnerten auch an den Menschen Jurij Brezan, der sich unermüdlich für die Belange der sorbischen Sprache und Kultur einsetzte, gleich unter welchem politischen System. Eingerahmt wurde die Lesung durch musikali-

sche Darbietungen von Schülerinnen und Schülern der Frankfurter Musikschule.

Das Besondere an diesem Abend war auch die Teilnahme einer Delegation aus Zielona Gora in der Republik Polen. Auch im Nachbarland war Brezan sehr bekannt. Nicht zuletzt durch die große Verwandtschaft der beiden Sprachen, des Polnischen und des Sorbischen. Der polnische Schriftsteller Janusz Koniusz verwies darauf mit einem eigenen Beitrag. Die gesamte Veranstaltung wurde von „Radio zachod“, einem polnischen Regionalsender, mitgeschnitten und für eine Sendung vorbereitet. **R.V.**

Kooperation zur Weiterbildung vereinbart



Der Berliner Filmverband in ver.di und das Institut für Schauspiel, Film- und Fernsehberufe Berlin (ISFF) haben eine Kooperation im Bereich der Weiterbildung beschlossen.

Das ISFF bietet ein breites Fort- und Weiterbildungsprogramm für die Filmbranche in Zusammenar-

beit und unter dem Dach der Volkshochschule Berlin-Mitte. Rund 150 Experten und Profis aus den Bereichen Film, Fernsehen und Theater bieten Lehrgänge unter anderem in Schauspiel, Karrieremarketing, Film/TV Produktion, Kostüm und Szenenbild, Regieassistenz, Aufnahmeleitung an. Viele Angebote werden sogar von der Agentur für Arbeit gefördert.

„Die Weiterbildungsmöglichkeiten für Filmschaffende sind in Berlin recht begrenzt und gleich-

zeitig ist die Nachfrage sehr hoch, daher kommt für unsere Mitglieder diese Zusammenarbeit sehr gelegen“, meint Katja Karger, Projektmanagerin von connex.av/ver.di.

Über die berufliche Weiterbildung hinaus ist die ISFF mit ihrem Freundeskreis ein Diskussionsforum zur Entwicklung neuer Bildungselemente, ein produktives Netzwerk und ein Forum der Theater-, Film- und Fernsehbranche. Der Verein wirkt maßgeblich an der weiteren Qualitäts-

entwicklung des Instituts mit. „Die Kooperation mit ver.di ist für uns eine große Chance, das Thema Fortbildung in der Branche stärker zu positionieren und weiterzuentwickeln. Denn das ist bisher nicht selbstverständlich“, sagt Jutta Wiegmann, die Leiterin des ISFF. **K.K.**

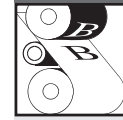
Kontakt: Katja Karger, connex.av c/o ver.di, Köpenicker Str. 30 – 10179 Berlin, Tel: 030.88 66 54 16. Jutta Wiegmann, ISFF, Linienstraße 162 – 10115 Berlin, Tel: 030/200 92 74 42 Mehr Infos unter: www.connex-av.de, www.isff-berlin.eu

Foto: transit/C.v.Polentz



Nicht das „Planverfahren“ sorgt für die Qualität im Unterricht.

FACHGRUPPE

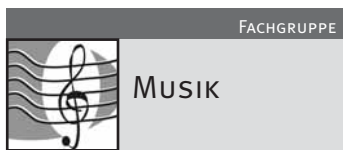
VERLAGE, DRUCK
UND PAPIER

Vorbereitet für Tarifverhandlungen bei Buchverlagen

Die ver.di-Tarifkommission des herstellenden und verbreitenden Buchhandels in Berlin-Brandenburg tagt am 19. März, um die gewerkschaftlichen Tarifforderungen für die Branche zu beschließen. Verhandlungen werden nötig, weil der noch geltende Tarifvertrag Ende Mai 2007 ausläuft. Der Verhandlungsbeginn ist noch nicht terminiert. Die beschlossenen Tarifforderungen werden den Beschäftigten in den Verlagen und Buchhandlungen mit Flugblättern mitgeteilt werden. **red.**

Mitreden ist gefragt

Neues vom Qualitätsmanagement



FACHGRUPPE

MUSIK

Im Herbst 2005 wurden alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Berliner Musikschulen zu einer Auftaktveranstaltung geladen, bei der sie in das Qualitätssystem Musikschule (QSM) eingeführt wurden. Dann sah und hörte man – abgesehen von einem Umfragebogen – lange nichts, es sei denn, man sprach ein Mitglied des kleinen QSM-Teams direkt an. Das war oft schwierig, denn die waren dadurch vielbeschäftigt.

WAS GESCHAH BISHER UND WIE GEHT ES WEITER?

Zunächst mussten die QSM-Teams eine Analyse machen: Wie gut ist die Musikschule, welche Maßnahmen helfen weiter? In diesen sogenannten Deltaworkshops stand ein Instrumentarium zur Verfügung, mit dem zwar zeitintensiv, aber sehr systematisch

viele Informationen über die wesentlichen Bereiche der Musikschule ermittelt, festgehalten und Folgerungen entwickelt werden konnten. Anschließend wurden die Lehrkräfte und teilweise auch die Eltern bzw. Schüler und Schülerinnen befragt sowie das Image in der Öffentlichkeit ermittelt.

Der nächste Schritt ist die Mitarbeiterbeteiligung. Die Spannweite der Themen, die wiederum in Deltaworkshops behandelt werden, ist groß. Oberbegriffe wie Leitung und Führung, Mitarbeiterorientierung, Politik und Strategie, Prozesse werden in viele Teilbereiche untergliedert. Wie viel thematisiert wird, liegt an den einzelnen Musikschulen und bestimmt nicht zuletzt an den Lehrerinnen und Lehrern, deren freiwillige Mitarbeit gefragt ist. Wem es wichtig ist, sich an seiner Musikschule einzubringen und zur Verbesserung beizutragen, hat jetzt weitreichende Möglichkeiten, dies zu tun.

Danach soll es mit QSM weitergehen, indem das Verfahren in den Musikschulalltag integriert wird. Wie umfangreich und hilfreich das sein wird, liegt gewiss an denen, die mitarbeiten.

Qualitätsindikatoren

Wissenswertes zum Hintergrund

Viele Kolleginnen und Kollegen waren irritiert: Gespannt warteten sie darauf, wann sie ihre Meinung im Rahmen des Qualitätsmanagements einbringen und an der Verbesserung der Musikschule mitarbeiten dürfen, doch dann wurden sie nur nach Preisträgern und bestandenen Aufnahmeprüfungen unter ihren Schülern gefragt und sollten Auskunft geben, ob sie sich im laufenden Jahr fortgebildet hatten.

Der Begriff Qualität kann im Land Berlin momentan noch in einem anderen Zusammenhang auftauchen: Schon seit einigen Jahren werden die Musikschulgelder, die in die Bezirkshaushalte gestellt werden, nach dem Planmengenverfahren ermittelt. Dieses ist günstig für Schulen, die möglichst billig und möglichst viel Unterricht „produzieren“. Damit kleinere Musikschulen und diejenigen, die überdurchschnittlich viele Angestellte haben, nicht plötzlich viele Honorarmittel abgeben müssen, gab es einen Mengenkorrekturfaktor. Die Berliner Stadträte verständigten sich für 2006 auf ein nachvollziehbareres Verfahren: Die Musikschulen, die Qualität bieten, sollen fi-

nanziell belohnt werden. Ein Teil des Budgets soll an die vergeben werden, die dies mittels Indikatoren nachweisen können. Dazu muss jede Musikschule ermitteln: Bilden die Lehrkräfte sich fort? Gibt es Preisträger, bestehen die Absolventen der Studienvorbereitung Aufnahmeprüfungen? Qualitätssenkend wirkt es, wenn viele Kündigungen während der Probezeit erfolgen oder die Musikschule viel in einzelnen Räumen unterrichtet, wo übergreifender Kontakt nicht stattfindet. Außerdem werden die Schüler unter sieben Jahren und der Anteil der Ensemble- und Ergänzungsfächer ermittelt.

Das dürfte Einiges darüber aussagen, ob eine Musikschule ein vielseitiges und gutes Angebot hat. Aber vollständig und umfassend sind diese Indikatoren gewiss nicht. Bisher wurden nur die in den Katalog aufgenommen, die in Zahlen übersetzt werden können, damit gerechnet werden kann. Das Ganze befindet sich noch im „Prä-Test“, und es lohnt sich, bei der Ermittlung behilflich zu sein, damit die Honorarmittel erhalten bleiben.

Ulrike Philippi

Endlich auf solide Füße stellen

Beschäftigte aus der Opernstiftung fordern Information und klare Orientierungen



Politik und Verantwortliche haben lange Zeit in einer Schockstarre gelegen. Nach Vorlage des sogenannten Schindhelm-Papiers und dem Weggang des bisherigen Generaldirektors der Stiftung Oper in Berlin folgte langes Schweigen. Die klaren Orientierungen, die auch die Beschäftigten nach Schindhelms Analyse erwarten, stehen aus.

Meinungsaustausch und Debatte sollten eher forciert, statt hinausgezögert werden. Insofern ist auch die Entscheidung der Arbeitgeberseite zu hinterfragen, die anstehenden Tarifverhandlungen für das nichtkünstlerische Personal (v.a. Bühnenservice und Bühnentechnik) noch weiter hinauszuschieben. Die Intendanten sollten sich im Januar positionieren, bisher ist kein Ergebnis bekannt. Mitte Februar will der Stiftungsrat beraten.

Bei einer Debatte im Abgeordnetenhaus am 8. Januar rangen

Fürs Standbein fehlen fünf Millionen

sich sowohl der Regierende Bürgermeister als auch Kulturstaatssekretär André Schmitz zu einem Bekenntnis zur Stiftung durch. Dort war festgestellt worden, dass „das gesamte Zahlenmaterial, auf dessen Grundlage das Konzept zur Opernstruktur erstellt und die Opernstiftung eingesetzt wurde“ mehr als fragwürdig sei. Eine neuerliche Prüfung durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft verspätet sich und wird nun erst für Februar erwartet. Grünen-Sprecher Oliver Schruoffeneger machte drei Gründe für die Finanz-Defizite der Stiftung aus: Erstens sollten 60 Stellen abgebaut werden, die gar nicht mehr vorhanden gewesen seien. Zweitens habe es „absurde Einnahmeerwartungen“ gegeben, die bei realistischer Betrachtung



Mit Personalrätin Renate Geelen-Walter (2.v.l.) stellen sich neu gewählte ver.di-Vertrauensleute der Deutschen Oper der Kamera: Peter Vernunft, Brigitte Bludau-Munroe, Wolfgang Zeidler und Reiner Gilka-Boetzow (v.l.) stehen für die Beschäftigteninteressen ein.

des Auslastungsgrades und der Eintrittspreise niemand haben ernsthaft unterstellen können. Drittens hätten die Sachmittel für den Bühnenservice gefehlt. Insgesamt addiert sich dies auf ein Gesamtvolumen von ca. fünf Millionen. Dafür liege „ein Großteil der Verantwortung beim Land Berlin als Träger“. Wolfgang Brauer von der Linksfraktion bekräftigte den „nachdrücklichen Auftrag“ der Stiftung „zum Erhalt dreier Opernhäuser“. Die Linke schlägt eine Reduzierung der vorgesehenen Finanzabsenkung sowie eine zeitliche Streckung bis ins Jahr 2011 vor. „Damit hätten die Opernstiftung und ihre Betriebe die Möglichkeit“ auf „solidere Füße zu kommen“.

Die Linke im Abgeordnetenhaus nutzte Ende Januar die Gelegenheit, sich zum wiederholten Mal in Sachen Opernstiftung mit ver.di-Vertrauensleuten und ver.di-Tarifkommissionsmitgliedern aus den Betrieben der Stiftung zu beraten. Eingeladen waren vorwiegend Beschäftigte aus dem Bühnenservice, die neben dem Staatsballett durch Personalabbau die Stiftung bisher „bezahlt haben“, wie es Personalratschef Klaus Grunow ausdrückte. Er leitete daraus die Verpflichtung der Politik ab, diese Betriebsteile für die Zukunft besonders „zu schützen und zu stärken“. ver.di-Sekretärin Sabine Schöneburg be-

kräftigte, dass nichtkünstlerische Beschäftigte durch Arbeitszeitverkürzung einen „Sparbeitrag“ von acht, zehn oder zwölf Prozent ihrer Einkünfte in die Stiftung einbringen. Generell stehe ver.di für den Erhalt aller fünf Betriebe in der öffentlich-rechtlichen Stiftung.

Bis zur Sommerpause müsse „das Problem Stiftung gelöst“ sein, zitierte Sprecher Wolfgang Brauer den Kulturstaatssekretär. „So, wie es im Moment läuft, kann das nicht klappen“, eröffnete Vertrauensmann Wolfgang Baum aus der Werkstatt Chaus-

217 Planstellen sind lohnendes Ziel

seestraße die Debatte. Von uneffektiver Arbeit, Sitzungsmarathon, unqualifiziertem Management und Personalabbau bis über die Schmerzgrenze war weiter zu hören. „Es muss mehr Transparenz in die Vorgänge, die Beschäftigten dürfen nicht erst informiert werden, wenn die Gerüchteküche schon übergekocht ist“, forderten Werkstattvertreter der Komischen Oper. Wolfgang Zeidler aus der Deutschen Oper schilderte, dass seit Monaten der normale Spielbetrieb nur durch den Einsatz von bis zu vierzig Leiharbeitern und Aushilfen vor-

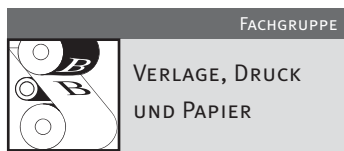
allem für die Bühnentechnik aufrechterhalten werden könne: „Wir sind mit Personal und Arbeitszeit am Ende, Überstunden und der Krankenstand sind auf Rekordniveau.“ In „Spitzenzeiten“ seien Aushilfen auch an der Komischen Oper und an der Staatsoper nötig, bestätigten die Vertrauensleute.

Doch auch von positiven Ansätzen wurde berichtet. So werden momentan Arbeitsgruppen eingerichtet, die die Zusammenführung von unterschiedlichen Standorten koordinieren sollen. „Wenn man will, funktioniert die Kooperation auch jetzt schon“, erklärte Toni Winter, Werkstattchefin der Hut- und Putzmacherei in der Französischen Straße. „Wir haben kürzlich eine Kollegin aus der Komischen Oper übernommen. Zwar sind Arbeitsweisen unterschiedlich gewachsen, aber mit gutem Willen gelingt es, das Beste für den Betrieb herauszuholen.“ Gemeinsam mit Vertrauensfrau Jeanette Franz mahnte sie an, sich sinnvoller Zusammenarbeit „zu öffnen und nicht zu verschließen“. Beide forderten, dass die Intendanten länger als geplant verpflichtet werden müssten, bei den stiftungseigenen Werkstätten arbeiten zu lassen. Der sogenannte Kontrahierungszwang müsse festgeschrieben werden. Schon jetzt versuchten die Häuser oft genug, Verträge zu unterlaufen und anderswo billig einzukaufen.

Die Erhaltung der drei eigenständigen Opern, des Staatsballetts als Stiftungsbetrieb und der Bühnenservice GmbH mit 217 Planstellen sei ein lohnendes Ziel weiterer Anstrengung, fasste Gunter Engelmann, stellv. Personalratsvorsitzender, zusammen. Die einladenden Politikerinnen und Politiker dankten für die offenen Schilderungen aus dem Alltag der Stiftung. „Wir werden uns für realistische Planungen einsetzen“, versicherte Wolfgang Brauer. Die Beschäftigten müssten rechtzeitig und umfassend über alle Vorhaben informiert werden. Ein weiteres Treffen, dann mit ver.di-Mitgliedern aus dem künstlerischen Bereich, wurde für März anvisiert. **neh**

Für Typo-Grafen und Gräfinnen

9. Tage der Typografie im Juni im Institut für Medien, Bildung und Kunst in Lage-Hörste



Die Redewendung „Noblesse oblige“ oder „Adel verpflichtet“ ist zwar sehr bekannt, lässt jedoch offen, wozu. Mittlerweile hat sich auch die Frage fast erübrigt, da man ohne Adel ganz gut leben kann. Ohne Typografie ist das schon schwieriger, und so spielen sie nach wie vor eine wichtige Rolle: die TypoGrafen und TypoGräfinnen.

Auszubildende, Designstudenten, Grafikdesigner, ambitionierte Schriftsetzer, Ausbilder oder sonst Interessierte aus der Druck- und Medienbranche sind für das Fronleichnams-Wochenende, vom 7. bis 10. Juni herzlich zu den 9. Tagen der Typografie unter dem Titel „Noblesse oblique“ in die ver.di-Bildungsstätte nach Lage-



Hörste eingeladen. Ein abwechslungsreiches Programm mit Vorträgen und verschiedenen Workshops, Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch und zur Umsetzung kreativer Ideen erwartet die

Erfahrungsaustausch und Kreativität

Teilnehmer. Im Workshop mit Kreativen der Fa. Underware aus den Niederlanden zum Thema „Personal Type“ (in englischer

Sprache, mit Übersetzung) können Teilnehmer ihre ganz individuelle Lebenschrift gestalten, bei einem Open-Stage-Termin eigene Arbeiten oder typografische Ansichten darstellen. Rechtzeitige Anmeldung für die Veranstaltung lohnt sich, ver.di-Mitglieder zahlen einen reduzierten Teilnehmerbeitrag, außerdem wird bis 28. Februar ein Frühbucher-Rabatt gewährt. Schnellentschlossene nehmen auch an einer Sachpreis-Verlosung teil. **H.D.**

Weitere Informationen und Anmeldung unter: www.tage-der-typografie.de

PRIVAT RADIO

Geschäftsführer von Hundert,6 muss Geldstrafe zahlen

Wegen Insolvenzverschleppung und Untreue soll der letzte Geschäftsführer von Hundert,6 jetzt 70 000 Euro Strafe zahlen. Thomas Thimme, der im April 2005 die Existenz des Senders mit einem Insolvenzvertrag beendet hatte und die protestierenden Mitarbeiter vor der Tür stehen ließ (Sprachrohr berichtete), hätte billiger davon kommen können. Im Sommer hatte sich sein Anwalt mit dem Amtsgericht Tiergarten ohne Urteil bereits auf die Zahlung von 4500 Euro und eine elfmonatige Bewährungsstrafe geeinigt. Doch der Radiomacher akzeptierte die Strafe nicht und zog erneut vor Gericht.

Er machte den seiner Meinung nach sittenwidrigen Mietvertrag, mit dem Hundert,6 seinerzeit in einer fensterlosen Etage für eine „Kaltmiete von 100 Mark für den Quadratmeter“ residierte, und andere Machenschaften früherer Aufsichtsratsmitglieder für das Finanzdeseaster des Senders verantwortlich. Gegen den Mietvertrag hatte Thimme durch alle Instanzen geklagt und im April 2005 endgültig verloren.

*Der Staatsanwalt warf Thimme vor, bereits Ende 2003 von der Zahlungsunfähigkeit des Senders gewusst zu haben. Insolvenz Antrag stellte er dennoch erst 15 Monate später. Außerdem habe er sich ein Darlehen in Höhe von 234 000 Euro zugebilligt und im April 2004 selbst erlassen. Damit habe er das bereits bankrotte Unternehmen ausgeplündert, schlussfolgerte die Anklage. Das Gericht folgte der Argumentation. Thimme, der inzwischen in Brandenburg das „Powerradio“ betreibt, will in Revision gehen. Auf der Frequenz 100,6 sendet seit Februar 2006 Radio 100,6 FM, eine Kooperation von Netzzeitung und Plattenlabel Motor. **red.***

SERVICE

Bildungsangebote im Internet

Alle ver.di-Mitglieder, egal in welcher Fach- und Altersgruppe, egal ob ehrenamtlich aktiv oder „nur“ beruflich engagiert, können von den regelmäßig angebotenen Bildungs- und Weiterbildungsveranstaltungen der Gewerkschaft profitieren. Dazu ist eine spezielle Webseite eingerichtet. Interessenten finden Bildungsprogramme und Seminare unter www.verdi-bildungsportal.de

*Unter dieser Adresse sind sowohl bundesweite Seminare und Bildungsveranstaltungen als auch die lokalen Angebote aus dem Landesbezirk über eine Seminar-Datenbank abrufbar. Darüber hinaus bietet das Portal allgemeine Informationen, wie Bildungsarbeit in ver.di funktioniert, über die wichtigsten Veranstaltungsorte und ver.di-Bildungsstätten. Eine Suchfunktion ergänzt den Service. **red.***

Ab sofort „Medientreff“

dju und RFAV-Mitglieder diskutieren gemeinsam



Die Deutsche Journalistinnen- und Journalistenunion in ver.di (dju) und die Mitglieder aus Privatfunk, Filmbranche und Neuen Medien, die von connex.av in Berlin und Brandenburg betreut werden, haben ihre bisher monatlich veranstalteten Stammtische und die Zusammenkunft am „Second Tuesday“ ab Februar 2007 verschmolzen.

Die Aktiven und interessierte Gäste treffen sich künftig an jedem zweiten Dienstag im Monat um 19 Uhr zum „Medientreff“ im Restaurant „Cum Laude“, Universitätsstraße 4 in Berlin-Mitte.

Die Zusammenlegung bildet einen ersten Schritt auf dem Weg zur neuen gemeinsamen

Fachgruppe Medien, die auf den Bundesfachgruppenkonferenzen der dju und der RFAV vom 2. bis 4. März in Berlin aus der Taufe gehoben werden soll. Renate Gensch, stellv. dju-Landesvorsitzende: „Immer mehr Kolleginnen und Kollegen arbeiten cross-medial für Print, Internet und Rundfunk. Es überschneiden sich Themen und Interessen. Deshalb wollen wir Aktivitäten sinnvoll bündeln.“

Im Februar diskutierte der erste „Medientreff“ zum Thema „Scientology, der geheimnisvolle Psychokonzern“.

Zum Medientreff am 13. März werden Gäste vom DGB-Projekt „Students at Work“ erwartet. Es geht um Praktika und die bundesweite Initiative zur Besserstellung von Praktikanten. Für eine entsprechende Petition an den Bundestag wurden in kurzer Zeit 60.000 Unterschriften gesammelt. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!

SERVICEZEITEN

Termine für Beratung

Um die fachbereichsspezifische Betreuung in den ver.di-Bezirken Frankfurt/Oder und Cottbus zu verbessern, bietet der Fachbereich Medien, Kunst und Industrie regelmäßige Vor-Ort-Termine an:

Frankfurt/Oder (15230), Zehmeplatz 14: 6. März, 20. März, 3. April, 17. April

Cottbus (13048), Calauer Str. 70: 13. März, 27. März, 10. April, 24. April

Unbedingt vorher anmelden mit Kurzschilderung des Sachverhaltes bei Kollegin Christine Obst, Telefon 030-88 66-54 02, Mail: christine.obst@verdi.de

Die Betreuung des Fachbereichs Medien, Kunst und Industrie in **Potsdam/Nordwest-Brandenburg** erfolgt weiterhin durch die Kollegin Gabi Fischer, Telefon: 03 31-2 75 74 31 oder per Mail gabi.fischer@verdi.de, jeweils montags und dienstags.

VERLAGE, DRUCK, PAPIER

Stammtisch an jedem zweiten Donnerstag im Monat, 17 Uhr im Restaurant „Heidelbeere“, am Heidelberger Platz.

AKTIVE ERWERBSLOSE

Die Erwerbslosen von ver.di Berlin treffen sich jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat um 17.30 Uhr in der Köpenicker Str. 30. Kontakt: Ulla Pingel, Tel.: 030/621 24 50, E-Mail: ulla.pingel@gmx.de. Claudia Spreen, Tel. 030/6 26 62 45 E-Mail CLSPR@t-online.de. Bernd Wagner, Tel.: 01 60/ 770 59 05 E-Mail: bernd.wagner@verdi-berlin.de

JOURNALISMUS

Sprechstunden der IOJ: Am zweiten Dienstag jedes Monats von 13 bis 15 Uhr, Raum 4.12 ver.di-Neubau, Köpenicker Str. 30, Tel: 030/395 92 39 www.ioj-journalisten-international.de

Bundeseinheitliche Presseausweise: Zur Annahme und Bearbeitung der Anträge 2007 sind

bis 28. Februar die Bürozeiten der Sachbearbeiterin verlängert worden. Gewerkschaftshaus Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin, Zi. 4.26, Mo. und Di. von 8.30 bis 16.30, Mi. von 8.30 bis 14.00 und Do. von 13.00 bis 19.00 Uhr.

Tagesseminar „Berufseinstieg in den Journalismus“: Am 24. März 2007 von 10 bis 17 Uhr im ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg, Referentin: Susanne Stracke-Neumann.

Wie man das Berufsziel Journalismus am besten erreicht, darum dreht sich dieses Seminar für medieninteressierte junge Leute. Nach einem Überblick über die Medienbranche beschäftigen wir uns mit Chancen, gute journalistische Praktika im In- und Ausland zu finden, mit Journalistenschulen, journalistisch orientierten Studiengängen und der „klassischen“ Journalistenausbildung, dem Volontariat. Ein weiteres wichtiges Feld sind Plattformen, Veranstaltungen und Netzwerke für den Erfahrungsaustausch sowie einige Grundregeln im Kontakt mit den Redaktionen.

Anmeldung: Tel. 030 – 88 66-41 06, E-Mail: andreas.koehn@verdi.de, Post: ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg, FB 8, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin. Für Mitglieder kostenlos, sonst 30 Euro, www.dju-berlin.de

THEATER & BÜHNEN

Sitzungen des Geschäftsführenden Vorstands der Fachgruppe 10 finden i. d. R. am 2. Montag des Monats statt, der erweiterte Vorstand tagt alle zwei Monate. Nächste Termine: 12. März und 16. April, Infos: Georgia Weiland Tel. 030 / 88 66-54 12.

MUSIK

Alle Mitglieder sind herzlich zu den Sitzungen des Landesfachgruppenvorstandes eingeladen. Der Vorstand tagt wieder am 23. Februar und 23. März, 9.15 Uhr, Infos unter Tel. 88 66 54 02.

RFAV MEDIEN

Actorstable für Darstellerinnen und Darsteller der Film- und Fernsehbranche an jedem ersten Montag im Monat ab 18 Uhr im Café Rix, Karl-Marx-Str. 141 (direkt U-Bahnhof Karl-Marx-Str.) Gedankenaustausch und thematische Schwerpunkte, Rückfragen:

Tel. 030/8 34 16 01, Evelin Gundlach und Guenter Messe, Tel. 030/56 82 48 40.

MEDIEN

Ab sofort treffen sich dju-Mitglieder und freie Medienschaffende aus Privatrundfunk, Film AV-Produktion und Neuen Medien am zweiten Dienstag im Monat um 19 Uhr zum „Medientreff“ im Restaurant „Cum Laude“, Universitätsstraße 4 in Berlin-Mitte. Am 13. März werden Gäste vom DGB-Projekt „Students at Work“ erwartet. Es geht um Praktika und die entsprechenden DGB-Petition im Bundestag.

LANDESBEZIK

In der Medien Galerie läuft vom 27. März bis 27. April die Ausstellung: „Ich werde es nie vergessen – Begegnungen mit ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen. Bilder und Dokumente“ (siehe Seite 4) Medien Galerie im Haus der Buchdrucker, Dudenstraße 10, U-Bahn Platz der Luftbrücke, Infos: www.mediengalerie.org

LITERATUR

VS-Stammtisch: Jedenersten Donnerstag im Monat im „Terzo Mondo“ ab 19 Uhr, Grolmanstr. 28, zwei Minuten vom U-Bahnhof Uhlandstr. (U 15) entfernt oder vom S-Bahnhof Savignyplatz.

„Fast vergessene Schriftstellerinnen – Alex Wedding“ am 8. März 2007, 19.30 Uhr, Literaturhaus Berlin, Fasanenstr. 23, Kaminraum/Eintritt frei

Lesemarathon vom 26. März bis 30. März 2007:

26. März: Erste Schublade und Auftaktveranstaltung „Geiz und andere Mordmotive“

27. März: Zweite Schublade „Skurrile Begebenheiten. Überraschungen“

28. März: Dritte Schublade „Fernweh – Geschichten vom Reisen und Daheimbleiben...“

29. März: Vierte Schublade „Tiergeschichten für Kinder“

30. März: Abschlussveranstaltung Podiumsdiskussion

Nähere Informationen sind ab Mitte März in der Geschäftsstelle des VS oder unter www.vs-berlin-brandenburg.de zu erhalten.

Ausschreibung: Wer möchte Burgschreiber zu Beeskow werden? Bewerbungsfrist: 31. März

2007 Weitere Infos in der Geschäftsstelle des VS.

SENIOREN

ADN-Senioren: Am letzten Montag jedes Monats (im Mai am 21.05.; Dez. entfällt) um 14 Uhr in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstr. 203-206.

„Alte-Barden-Runde“: Jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat um 15 Uhr im Restaurant „Alter Krug“. Dahlem, Königin-Luise-Str. 52, 14195 Berlin.

Seniorengruppe Funkhaus: Frühlingsfest am 8. März im Springbornklub
Exkursion und Führung am 13. März: Knoblauchhaus im Nikolai- viertel, Poststr. 23, Teff: 10.45 Uhr, für Behinderte leider nicht geeignet

Eisler-Kreis: am 29. März, 14 Uhr, Funkhaus Nalepastr. Block A, Raum 505: „Europa quo vadis?“ mit Sylvia Yvonne Kaufmann, Vizepräsidentin des EU-Parlaments (angefragt)

Sprachrohr 2/07

erscheint am 24.4.2007

Redaktionsschluss am 22.3.07

Impressum

SPRACHROHR – Mitgliederzeitung des Fachbereichs Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg
Herausgeber: ver.di-Fachbereich 8 Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg.

Redaktion: Andreas Köhn (verantwortlich). Anschrift von Herausgeber und Redaktion: Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin. Tel: 030/88 66-6.

Redaktionelle Betreuung: Helma Nehrlich, transit berlin. pro media, Torstraße 177, 10115 Berlin, Tel.: 030/61 30 96-64, Fax: 030/61 30 96-66.

nehrlich@pressebuero-transit.de Gestaltung / Produktion: bleifrei Medien + Kommunikation, Prinzessinnenstraße 30, 10969 Berlin, Tel: 030 / 61 39 36-0, info@bleifrei-berlin.de

Anzeigenannahme: Agentur Scheler, Weißdornweg 17, 16552 Schildow
Tel: 03 30 56/22 46 71,
Fax: 03 30 56/944 18
Druck: Henke-Druck, Plauener Straße 160, 13053 Berlin

Auch unverlangt eingesandte Manuskripte werden sorgfältig behandelt. Sprachrohr erscheint sechsmal im Jahr, Bezugspreis 5 Euro pro Jahr, für ver.di-Mitglieder im Beitrag enthalten.

Bitte an den /die ZustellerIn:

Wenn neue Anschrift bekannt, bitte senden an: ver.di, Fachbereich 8, Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin

Straße

Ort

Bemerkungen

ver.di, Fachbereich 8, Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin. Postvertriebsstück, „Entgelt bezahlt“, A 11703 F

SPRACHROHR – Vertrauen Sie nicht dem Zufall!

Mitglieder des Fachbereichs 8 in ver.di bekommen in Berlin und Brandenburg das Sprachrohr alle zwei Monate zugeschickt.

Alle anderen können die Medien-Zeitung im **Abo** beziehen. Sechs Ausgaben im Jahr kosten nur 5,00 €. Bestellung bei ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin.

Künftig durch METIS zu Online-Tantiemen

Neues VG-Wort-Meldesystem für Texte im Internet startet eher schrittweise

Für die zusätzliche Veröffentlichung ihrer Texte im Internet haben Printjournalisten und Autoren bisher kaum einen Cent erhalten. „Alles inklusive“, behaupteten Verlage anfangs dreist und legalisierten den Urheberrechtsraub später durch Formularverträge oder Allgemeine Geschäftsbedingungen. 2008 soll es nun in größerem Umfang Geld für die Autorinnen und Autoren von On-

line-Texten geben – von der Verwertungsgesellschaft Wort. Das Meldesystem METIS wurde am 1. Januar 2007 gestartet.

Die VG Wort honoriert allerdings nicht die Veröffentlichung im Internet anstelle der Verleger, sondern wird auch an diese Tantiemen ausschütten. Es geht um die Vergütungen für zulässige Privatkopien (§ 53 UrhG), die beim Kauf von Vervielfältigungsgeräten

oder Speichermedien erhoben und über die Verwertungsgesellschaften an Urheber und Rechteinhaber verteilt werden.

Bekanntlich ist die Bundesregierung gerade dabei, diese „Geräteabgaben“ durch eine Urheberrechtsreform („Zweiter Korb“) drastisch um etwa 80 Prozent zu senken – wenn nicht noch mehr Urheber dagegen aktiv werden und erfolgreich sind. Beim VG-Wort-Meldesystem METIS (Meldung von Texten auf Internet-Seiten) geht es um die Urheberabgaben für CD- und DVD-Brenner.

Durch Konsumentenstudien wurde nicht nur ermittelt, wie diese Urheberabgaben auf die verschiedenen Werkkategorien (Musik, Film, Text, Bild etc.), also unter den einzelnen Verwertungsgesellschaften zu verteilen sind, sondern auch, dass rund die Hälfte aller urheberrechtlich geschützten Texte, die auf CD oder DVD gebrannt werden, aus dem Internet heruntergeladen werden. Zur Ausschüttung der CD/DVD-Brenner-Abgabe für diese Texte haben sich mittlerweile rund 12 Millionen Euro bei der VG Wort angesammelt. 2008, wenn die erste Ausschüttung erfolgt, werden es wohl 15 Millionen Euro sein. Allerdings wird nicht sofort alles verteilt.

Da die Verwertungsgesellschaften gesetzlich verpflichtet sind, wenn möglich, diese Gelder individuell an die entsprechenden Urheber auszureichen, wurde das Meldesystem METIS entwickelt, um durch die Registrierung von Aufrufen einzelner Internet-Texte einen Anhaltspunkt dafür zu bekommen, wie oft er auf CD bzw. DVD gebrannt worden sein könnte. Grundlage sind „Zähl-Pixel“

(genauer Java-Scripts), die in jeden Internet-Text eingebunden werden müssen. Diese senden bei jedem nicht nur kurzem Aufruf des entsprechenden Textes eine Meldung an ein Rechenzentrum. Das neue Meldesystem ist ziemlich aufwändig und muss erst in der Praxis getestet werden.

Verlage müssen
Texte bepixeln

Es kann nur funktionieren, wenn die Internetverwerter selbst dieses System einsetzen. Die wissenschaftlichen Verlage sind dabei es einzuführen, mit den Verbänden der Tageszeitungs- und Zeitschriftenverlage, die in der VG Wort selbst nicht vertreten sind, laufen derzeit Gespräche darüber. Automatisierte Verfahren zur Bepixelung von Texten in Redaktionssystemen sind möglich.

Beteiligen werden sich die Verlage an METIS aber wohl nur, wenn es sich für sie „rechnet“, ihr Anteil an den Tantiemen also zumindest mittelfristig ihre Aufwandskosten übersteigt. Ob sich METIS unter diesen Prämissen durchsetzen wird, vermag derzeit niemand zu prognostizieren.

Als Rahmendaten für METIS hat der Verwaltungsrat der VG Wort am 1. Dezember 2006 beschlossen, dass nur Texte erfasst werden sollen, die mindestens 1800 Zeichen haben (Ausnahme: Lyrik). Für eine Ausschüttung sind wahrscheinlich 3000 Seitenaufrufe nötig.

Rüdiger Lühr

VG-Wort-Meldesystem METIS: <<http://www.vgwort.de/metis.php>>

Anzeige



Stoppt Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt!

Zum 14. Mal verleiht das **Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit** das „Band für Mut und Verständigung“ an

Menschen aus Berlin und Brandenburg, die durch ihr mutiges Eingreifen Mitbürgerinnen und Mitbürger vor ausländerfeindlichen Gewalttaten schützt oder durch ihre engagierte Arbeit zur interkulturellen und sozialen Verständigung beigetragen haben.

Postkarten werden in Berlin und Brandenburg an Institutionen und Organisationen verteilt, um Vorschläge machen zu können. Das Motto lautet diesmal: Stoppt Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt! Einsendeschluss ist der 1. März 2007.

Weitere Informationen finden Sie unter:
www.respekt.dgb.de

